

Historisch-geographischer Materialismus

David Harvey, Der neue Imperialismus, Hamburg, VSA-Verlag, 2005, 236 S., 22,80 Euro

Für alle, die heute aus linker Sicht die Situation in der Welt einschätzen, bietet das Buch von Harvey neue originelle Anregungen. Seine im Einklang mit Marx und Lenin hierbei praktizierte Weise der Weltbetrachtung bezeichnet er als „historisch-geographischen Materialismus“, wobei er es als notwendig erachtet, territoriale und kapitalistische Macht zu unterscheiden, doch zugleich deren Verflechtung sowie deren Bedeutung für die imperialistische Kapitalakkumulation in Betracht zu ziehen. In Gestalt zahlreicher historischer Fakten und theoretischer Erwägungen kombiniert Harvey verschiedene Themen miteinander, die zum aktuellen Weltverständnis unumgänglich sind: die Geschichte des (kapitalistischen) Imperialismus, das veränderte Wesen des heutigen (neuen) Imperialismus, Wesen, Mechanismen und Funktionsweise der ökonomischen, politischen und militärischen imperialistischen Hegemonie, hierbei der Stellenwert des Erdöls, die Probleme gegenhegemonialer Kräfte sowie die Krieg-Frieden-Problematik.

Wenn der Verfasser vom „neuen“ Imperialismus spricht, hat das einen doppelten Sinn: zum einen eine Bestätigung, dass Imperialismus generell in der heutigen Welt dominiert und allgemeine Grundzüge besitzt, was bei manchen Linken nach 1990 kaum noch ein Thema war, und zum anderen, dass der Imperialismus im Zeichen des Neoliberalismus und Neokonservatismus im Vergleich zu den Analy-

sen Hobsons, Kautskys, Luxemburgs und Lenins neue Wesenszüge aufweist.

Verkörperung des neuen Imperialismus sind die USA, die den Terrorismus, besonders die schrecklichen Ereignisse vom 11. September 2001, zugleich als Vorwand genutzt haben und noch immer nutzen, um mit Krieg ihre imperialistischen Weltordnungs-Ambitionen zu realisieren. Schon 1999 hatten die Falken in den USA eingestanden, „dass ‚ein katastrophales und katalysierendes Ereignis wie ein neues Pearl Harbor‘ nötig wäre, um einen militärischen Schlag international und innenpolitisch akzeptabel zu machen“. Für Harvey kommt das Neue im Imperialismus vielgestaltig zum Ausdruck. Zentrale Bedeutung komme der „Ölfrage“ zu, denn „wer immer den Mittleren Osten kontrolliert, kontrolliert den globalen Ölhahn, und wer immer den globalen Ölhahn kontrolliert, kann zumindest in naher Zukunft die Weltwirtschaft kontrollieren“, und zwar in Konkurrenz mit den Europäern, Japanern und Chinesen. Ihnen gegenüber sichern sich die USA trotz Dominanzverlust im Produktionsbereich ihre Überlegenheit als weltbeherrschende imperialistische Macht auch aufgrund des Vorsprungs auf technologischem Gebiet sowie „aufgrund ihres riesigen Verbrauchermarktes, ihrer überwältigenden Finanzkraft und ihrer Reserve unangefochtener Militärmacht“. Mit ihrem Unilateralismus wendet sich die Bush-Administration in der internationalen Politik zwecks Aufrechterhaltung der Vorherrschaft mehr dem Zwang anstelle des Konsenses zu. Paradox sei, dass die USA nun, nachdem sie geholfen haben, „die Sowjet-

union zu Fall zu bringen, genau die politische Strategie verfolgen, für die dieses ‚Reich des Bösen‘ verurteilt und bekämpft wurde“.

Charakteristisch für den neuen Imperialismus seien gleichsam zwei Formen der Kapitalakkumulation: weiterhin jene von Marx als ursprüngliche, räuberische analysierte, deren „Merkmale [...] in der historischen Geographie des Kapitalismus heute stark präsent“ sind und sogar verfeinert wurden, und jene „Akkumulation durch Enteignung“. Dazu gehören, um die lange Liste der Enteignungen in Erinnerung zu rufen, „die Patentierung und Lizenzierung genetischen Materials [...], die Biopiraterie [...] und das Ausrauben des Weltvorrats an genetischen Ressourcen zum Nutzen weniger pharmazeutischer Großkonzerne [...] der eskalierende Raubbau an der im Allgemeinbesitz befindlichen Umwelt (Land, Luft und Wasser) [...], die um sich greifende Zerstörung von Lebensräumen [...], die Privatisierung bisher öffentlicher Einrichtungen (Universitäten, [...] Trinkwasser) [...], die Privatisierung von einst in harten Klassenkämpfen erzielten allgemeinen Eigentumsrechten (das Recht auf staatliche Rente, Sozialhilfe und staatliche Gesundheitsfürsorge)“, die Verwandlung kultureller und intellektueller Kreativität in Waren usw. Hierbei erweist sich der Staat als williges Instrument dieser Enteignung und privatkapitalistischer Aneignung.

Im Zeichen des Neoliberalismus wurde bereits seit den 70er Jahren (Thatcher, Reagan) ein Frontalangriff auf die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften gestartet, sie erpressbar gemacht, ihre Arbeits- und Einkom-

mensbedingungen verschlechtert und zu Rückzugsgefechten, die größtenteils scheiterten, gezwungen. Wegen des Doppelcharakters der kapitalistischen Akkumulation sei es erforderlich, die Kämpfe der sich bisher vornehmlich auf das Terrain der erweiterten Reproduktion beziehenden Arbeiterschaft „in einer dialektischen Beziehung zu den Kämpfen gegen die Akkumulation durch Enteignung“ zu sehen, „auf die sich die sozialen Bewegungen der Anti- und alternativen Globalisierungsbewegung hauptsächlich konzentrieren.“ Dieser an sich notwendigen Verbindung stehen bisher beiderseits unterschiedliche Positionen als Hindernisse entgegen, die überwunden werden müssten.

Harald Neubert

Solidarische Ökonomie

Elmar Altvater/Nicola Sekler (Hrsg.), Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 165 S., 14,80 Euro

Der Reader vermittelt einen Überblick über Bedingungen, Möglichkeiten, Grenzen und Perspektiven „Solidarischen Wirtschaftens“. Unter neuen Prägungen und zum Teil auch neuen Zielen erleben derzeit selbstorganisierte Bewegungen vor allem der Selbstverwaltungswirtschaft eine Renaissance. Ob diese nachhaltig sein, vielleicht zu Alternativen über den gegebenen Rahmen hinaus führen oder mehr oder weniger in Nischenpositionen enden, vielleicht gar wieder von der Marktwirtschaft aufgesaugt werden, ist derzeit noch offen.

Anstöße für die bemerkenswerte Dy-

namik selbstorganisierter Aktivitäten resultieren vor allem aus weltweiten Reaktionen von unmittelbar betroffenen Menschen auf immer mehr sich zuspitzende zerstörerische Folgen neoliberaler Praxis. Dazu gehören vor allem die Selbsthilfe einer wachsenden Zahl von Menschen, die für die Kapitalverwertung überflüssig geworden sind (sowohl in „Dritte-Welt-Staaten“ als auch besonders in altindustriellen Regionen postindustrieller Staaten und in jetzt vielfach deindustrialisierten ehemals staatssozialistischen Ländern). Das dynamische Wachstum der Anzahl in informelle Sektoren abgedrängter Menschen wird z. T. von Projekten einer Solidarischen Ökonomie begleitet. Zur Selbsthilfe motivieren ebenfalls die sich immer deutlicher abzeichnenden Auswirkungen tendenziell totaler Kommerzialisierung auf die sozio-kulturelle und gesundheitliche Infrastruktur. Anteil an dieser Renaissance nehmen viele Frauenbewegungen, weil die Existenzbedingungen von Frauen unter doppelten Bedrängnissen stehen (sowohl der Neoliberalismus als auch der härter werdenden Konkurrenz von Männern, die vielfach in ehemalige Frauendomänen eindringen) und Frauen gezwungen sind, ihr Überleben selbst zu organisieren.

Selbsthilfe- und Selbstverwaltungsprojekte vernetzen sich vielfach mit sozialen Bewegungen. Sie entwickeln das Bedürfnis, sich über ihre eigenen Ziele, Möglichkeiten und Probleme klar zu werden und Erfahrungen anderer auszuwerten. Hierfür vermittelt der Reader reichhaltige, differenzierte, von Fall zu Fall auch entgegengesetzte Vorstellungen und Fallberichte, welche die Differen-

ziertheit, Komplexität und Kompliziertheit Solidarischen Wirtschaftens exemplarisch aufzeigen. Der Reader verweist dabei auf offene Probleme, wie den Zweck Solidarischen Wirtschaftens und ihre Antriebskräfte, das Verhältnis von Staat und Solidarischer Ökonomie, desgleichen zum Markt, der emanzipatorische oder prekäre Charakter der Projekte und den Übergang Solidarischer Ökonomie zu nichtpatriarchalischen nichtkapitalistischen Alternativen.

Der Begriff einer „Solidarischen Ökonomie“ – adaptiert aus jüngsten lateinamerikanischen Initiativen einer „Economía Solidaria“ – leitet sich aus der Betroffenheit jener Gruppen von Menschen ab, die derzeit durch Neoliberalismus am härtesten in ihrer Existenz getroffen sind und in der Selbsthilfe einen Weg zum Überleben erkennen. Das kann ein Anfang sein, um sich aus jeglicher Abhängigkeit zu befreien, würde dann aber „Solidarisches Wirtschaften“ als sich selbst weiter ausgestaltendes Element von schließlichen gesellschaftlichen Umorientierungen voraussetzen. Ansätze dazu entwickeln sich in den Beziehungen zwischen solidarisch Wirtschaftenden und sozialen Bewegungen, wie in Chiapas/Mexiko und Arauca/Kolumbien (103ff., 124ff.). Der Reader macht aber auch die Notwendigkeit deutlich, im Weiteren über eine alleinige Sicht der unmittelbar Betroffenen hinauszugehen.

Elmar Altvater versteht unter „Solidarischem Wirtschaften“, dass soziale Bewegungen, die auf Alternativen zur kapitalistischen Marktwirtschaft zielen, sich aus den Handlungslogiken emanzipieren, die vom Markt

vorgegeben werden. Die Ansätze einer alternativen Solidarischen Ökonomie entwickeln sich gegen die dominanten neoliberalen Tendenzen der Unterwerfung der Gesellschaften unter die Gesetze des globalen Marktes. Sie belegen praktisch, dass es Alternativen gibt (9/10). Damit benennt Altwater Kriterien, welche Selbsthilfe und Selbstorganisation zu gesellschaftlichen Alternativen werden lassen. Schwerpunkte bilden hierbei „Solidarität“ und eine „andere Ökonomie“. Solidarisch wird das Wirtschaften zunächst durch Selbsthilfe und Selbstorganisation. Nach Burkhard Flieger finde über Solidarität ein sozialer Ausgleich zwischen unterschiedlichen materiellen Lebenslagen statt (47).

Karl Birkhölzer sieht Solidarität in der Selbsthilfe Betroffener auf gemeinschaftlicher kollektiver oder kooperativer Basis realisiert, deren Handeln sozialen und/oder gemeinwesenbezogenen Zwecken untergeordnet ist (68). Zu fragen wäre hierbei, ob und wie „sozial“ und „gemeinnützig“ weiter auszugestalten wären, so dass damit eine Umorientierung der Wirtschaft erfolgen könnte. Die Entscheidungssituation wäre ja bei einer Umbewertung (zugunsten der Erhaltung von Lebensgrundlagen) eine andere.

Aus empirischer Sicht charakterisiert Clarita Müller-Plantenberg am Beispiel Brasiliens Solidarische Ökonomie durch alle Formen wirtschaftlicher Tätigkeit, die als Selbstverwaltung organisiert sind, wie Genossenschaften, Vereine, Tauschringe, Volksbanken und Kreditgenossenschaften. Durch Vernetzung der solidarischen Betriebe entstehe über die Grenzen der Branchen, Traditionen, Kulturen usw. hinweg eine lokale

Ökonomie (115ff.).

In diesen exemplarischen Auffassungen spiegelt sich die Vielfalt und Differenzierung der Projekte, die sich als Solidarische Ökonomie entwickeln. „Solidarisch“ bekommt aktuell aus dem widerständigen Handeln von vom Neoliberalismus Betroffenen heraus einen erweiterten Sinn. So wird der Wissensaspekt vielfach zentral für Inhalt und Herangehen der Projekte: als Wissenserweiterung z.B. im Sinne der emanzipatorischen Prinzipien von Paulo Freire; als Wiedergewinnung verschütteten Wissens und Aneignung von alternativen Wissensfeldern – wie im vorgestellten Frauenprojekt aus Indien; als Einbeziehung von „organischen Intellektuellen“ im Sinne von Gramsci in die Projekte und damit der Erweiterung ihres Gegenstands über reine Subsistenzsicherung hinaus und nicht zuletzt von solidarischen Projekten von Intellektuellen selbst, wie von Hochschulabsolventen, die keine formelle Arbeitsstelle erhalten haben. Weiterführend ist ebenfalls, dass in einigen Projekten patriarchatskritische Herangehensweisen stärker eingefordert werden (wenn sie auch nach wie vor noch nicht ausreichend vertreten sind), was u.a. mit der Ausweitung der Selbsthilfeprojekte auf den sozio-kulturellen und gesundheitlichen Raum zusammenhängt, obwohl viele Projekte nach wie vor auf den Raum der Produktion beschränkt bleiben. Dass dies neue und noch weiter zu durchdenkende Herausforderungen und Probleme mit sich bringt, liegt auf der Hand. So sieht Flieger gerade im Aufkommen von „Sozialgenossenschaften“, eine perspektivische

Chance, dass sie mittelfristig eine Vorreiterfunktion für die solidarische Variante der Genossenschaften übernehmen (55/57). Ein „soziales Unternehmen“ (Birkhölzer, 67) kann somit, muss aber nicht dazu gehören.

Projekte einer Solidarischen Ökonomie schwanken derzeit zwischen unmittelbaren Überlebenserfordernissen und Erweiterungen von zivilgesellschaftlichen Freiräumen, zwischen lebhaften Existenzweisen und Alternativen, zwischen Verharren im Rahmen der gegebenen Bedingungen und deren Überschreiten, wie auch zwischen prekärem und emanzipativem Wirtschaften. Wenn die neu gegründeten Projekte eine alternative, nachhaltige Entwicklung einschlagen sollen, ist es wichtig, an die Wurzeln der Überlebensprobleme heranzukommen. In dieser Richtung verweist der Reader auf weitere notwendige (Selbst)Verständigungen. Die meisten Autoren beschreiben eher Aktivitäten, die den Rahmen des gegebenen Systems nicht überschreiten. Wichtig scheint vor allem eine Selbstverständigung über das, was „Solidarisches Wirtschaften“ bewirken kann und welche Voraussetzungen dafür bestehen oder geschaffen werden können.

Der Zweck Solidarischen Wirtschaftens wird in den meisten Beiträgen ganz konkret aus Überlebensproblemen auf der Gruppen- und individuellen Ebene heraus formuliert. Sie betonen eine dienende Rolle der Ökonomie zugunsten der Lebensbedürfnisse. Gesellschaftliche Zwecksetzungen werden demgegenüber entweder als Vorrang des Gesellschaftlichen vor der (kapitalistischen oder marktwirtschaftlichen) Ökonomie (wie Altvater, Gab-

rielle Herbert, Birkhölzer) oder als moralische, ethische Kriterien (wie Imtraud Schlosser/Bodo Zeuner, Viviana Uriona) berücksichtigt. Altvater entwickelt regelrechte Systemgedanken, indem von den „makroökonomischen Alternativen“ (der staatlichen Wirtschaftspolitik, wie im Neo- oder linken Keynesianismus) der Rahmen für Solidarisches Wirtschaften abgesteckt werde, vorausgesetzt ist dabei eine „Politik der Staatsreform“ (14). Die ziemlich einseitige Hervorhebung eines „falschen Denkens“, tradiert „Denkmuster“ und „Fehler“, die z.B. ein „betriebswirtschaftliches“ anstelle eines „volkswirtschaftlichen“ Herangehens setzen, könnte jedoch desorientieren.

Das bestätigt indirekt der Beitrag von Wolfgang Neef/Frank Becker (73ff.) mit der Forderung nach gebrauchswert- und nutzenorientierter Technik. Ausgehend von den Widersprüchen und Ambivalenzen, in welche technische Fachkräfte zunehmend geraten (etwa durch die faktische Ablösung von Primär-Motivationen der Ingenieure durch ökonomische Anreize), plädieren sie für subversive Aktionen, die „unterhalb“ des herrschenden kapitalistischen Modells sozial, kulturell und ökologisch angepasste Technik entwickeln. Beispiele bilden alternative Technikprojekte der Micro-Energy und Re Use Computer. Es könne allerdings keineswegs garantiert werden, dass diese Projekte nicht wieder vom Markt geschluckt würden. Vielleicht wirkt aber auch eine faktisch halberzige Umorientierung der Projekte selbst mit in Richtung fehlender Nachhaltigkeit. Offen bleibt bei der Wiedereinbettung der Ökonomie in die Gesellschaft jedenfalls, woher die Umorientierungen der

Ökonomie kommen sollen. Weder „Gesellschaft“ an sich noch „Staat“ sind ja bekanntlich von vornherein emanzipatorisch eingestellt.

Moral und Ethik spielen in einer ganzen Reihe von Beiträgen die Rolle einer orientierenden und gemeinschaftsbildenden Kraft. Schlosser/Zeuner begründen sie mit den Eigenschaften von Genossenschaften selbst (35). Genossenschaftsmitglieder seien interessiert, dass die Gewinne an sie verteilt werden und positionieren sich daher meist gegen neue Mitglieder, jedoch für zusätzliche Lohnarbeiter. Inklusive Solidarität könne deshalb bei Produktivgenossenschaften ausschließlich durch „Kollektividealismus“, durch „moralische Ökonomie“ ermöglicht werden (35). Dieses Argument leuchtet ein. Ausgeblendet bleibt dabei allerdings, dass die Bedingungen sich verändern, wenn über die gegebenen Rahmenbedingungen hinausgegangen werden soll, d.h. nicht einfach Selbstorganisation als solidarisch angesehen, sondern eine gleichheitliche und freiheitliche Selbstorganisation angestrebt wird. Zu fragen wäre also, welche Art von Selbstorganisation mit einer nachhaltigen Solidarischen Ökonomie vereinbar ist.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen als Motivation für die Gründung von Kooperativen betont Herbert. Sie behauptet mit dem Hinweis auf die jugoslawische Selbstverwaltungswirtschaft: „Labour hires Capital“ (Arbeit macht sich Kapital zu Diensten). Kapital in genossenschaftlicher Hand sei regional gebunden und sichere deshalb regionale Arbeitsplätze (22/23). Die anderen Beiträge belegen das höchstens als prekäre und sehr be-

grenzte Lösungen für Teile der jeweiligen regionalen Bevölkerung. Theoretisch könnte ein solcher Zusammenhang durchaus entstehen und zwar dann, wenn Genossenschaften sich auf eine ganzheitliche Reproduktion des Lebens umorientieren, also Alternativen schaffen, welche gegebene Rahmenbedingungen überschreiten.

Das Verhältnis von Solidarischer Ökonomie und Staat beeinflusst vor allem in einigen lateinamerikanischen Ländern die Gründung und Dynamik von Kooperativen außerordentlich. Es stellt sich in den Beiträgen jedoch als sehr ambivalent dar. Bernhard Leubolt/Markus Auinger warnen vor den Extremen, dass sich Kooperativen entweder völlig vom Staat zurückziehen oder dass sie nur noch um Macht im Staat kämpfen und deformieren (44). Anne-Britt Arps/Raul Zelik fassen ihre z.T. entgegengesetzten Erfahrungen mit Kooperativen im Grenzgebiet von Kolumbien und Venezuela salomonisch zusammen: „Mit, im und gegen den Staat“ (124).

Staatliche Unterstützung erfährt die Solidarische Ökonomie besonders in Lateinamerika (Brasilien, Venezuela, zum Teil Argentinien). Hierbei vermischen sich die Motivationen, wie staatliche Kontrolle und Disziplinierung von Landlosen- und anderen sozialen Bewegungen; Klientelpolitik; aber auch der politische Druck von Basisbewegungen, welche eine staatliche Unterstützung erkämpfen; die politische Notwendigkeit, zwischen sozialen Bewegungen, Guerilla (als „Gegenregierung“ oder als „parallele Machtstruktur“ besonders in Chiapas und Kolumbien) und Staat zu vermitteln usw. Je nach Stärke der jeweiligen Einflussfaktoren und je-

weiligem Kräfteverhältnis kann eine staatliche Förderung Kooperativen stärken, aber auch zu fragilen Gründungen führen. Einen großen Schritt weiter gehen die Versuche zur Etablierung eines alternativen „Staatsprojekts“ selbst, wie mit dem partizipativen Budget im brasilianischen Porto Alegre sowie im Bundesstaat Rio Grande do Sul (Leubolt/Auinger, 44).

Das Verhältnis von Solidarischer Ökonomie und Markt bewegt sich zwischen dem Versuch, den Zielen der Gemeinschaften widersprechende Markteinflüsse zu minimieren und einem Angewiesensein auf den Markt. Generell gilt, was Müller-Plantenberg mit Bezug auf Brasilien betont, dass der dauerhaften Herausforderung zu begegnen sei, nicht vom Markt aufgesaugt zu werden (122). (Vgl. auch „Fair Trade auf globaler Ebene“ /Simone Mayer/). Dieses widersprüchliche Verhältnis beleuchtet Miriam Boyer anhand der solidarischen Vergesellschaftung indigener Gemeinden in Chiapas/Mexiko (103ff.). Hier erfolgt die Produktionstätigkeit bereits oft auf Basis von Kooperation in kollektiv organisierten Arbeitsprozessen und aufgrund gemeinsam getroffener Entscheidungen. Es haben sich Praktiken und Ansätze neuer Organisationsformen, die auch über unmittelbare Produktion von Waren und besonders der Substanzgüter hinausgehen (Bildung, gemeinsame Verwaltung von Naturressourcen wie Wasser, Land, Wälder), entwickelt. Dennoch zeigt sich ein widersprüchliches Verhältnis zwischen einer bestimmten Autonomie von alternativen Wirtschaftsformen und deren Subordination im gesamten Prozess der kapitalistischen

Inwertsetzung, bei dem die Schnittstellen ständig umkämpft bleiben. So werden verschiedene Kooperationsprojekte (Kaffee, Ökotourismus) „erfolgreich vermarktet“.

Auch in Bezug auf Ostdeutschland berichten Benjamin Nölting/Martina Schäfer über „Modellprojekte, die in Teilen versuchen, herrschende Wirtschaftslogik zu durchbrechen, dabei auf den Markt angewiesen bleiben“ (139). Leider fehlt Osteuropa – ein Schwachpunkt des Readers.

Das jeweilige Verhältnis von prekären und emanzipativen Effekten zeigt sich in vielen Projekten noch als unentschieden. Deutlich wird eine Abhängigkeit der solidarischen Aktionen vom Grad der Not z.B. in Argentinien (Uriona, 85), Brasilien. Müller-Plantenberg schätzt ein, dass in Brasilien durch Initiative von unten, besonders die Übernahme von Betrieben durch Arbeiter die Deindustrialisierung gebremst werden konnte. Sie betont, dass diese Formen des Wirtschaftens durch Vernetzung und Organisation über die herrschende Produktionsweise hinausweisen (114).

In Argentinien organisieren sich Arbeitslose ebenfalls in Genossenschaften. Unter dem Motto von „Kooperativen für die Armen“ werden faktisch aber zugleich die Erwerbslosen und von Erwerbslosigkeit Bedrohten in weniger anerkannte, benachteiligende, unterbezahlte Arbeiten abgedrängt. Es sei bisher nicht gelungen, autonome Räume in den Beziehungen zwischen Solidarprojekten aufzubauen (Margot Geiger). Zwar entstand entlang der Grenzen der Markterfordernisse mit den Kooperativen mehr Raum für Mit- und Selbstbestimmung (101). Hoff-

nungen knüpfen sich an die Schaffung von Netzwerken zwischen Betrieben, die unter Arbeiterkontrolle tätig sind (u.a. im Rahmen des von Chávez und Castro initiierten Integrationsprojekts, 99). Ähnlich in anderen Ländern, wie in Brasilien, wo u.a. seit 2006 ein „Nationaler Rat für Solidarische Ökonomie“ besteht (117/118).

Probleme, Möglichkeiten und Grenzen eines evtl. Übergangs Solidarischer Ökonomie zu Alternativen, welche gegebene Rahmenbedingungen überschreiten (besonders Altvater, Wolfgang Nitsch), sind im Reader zwar als Thema präsent, werden aber sehr vorsichtig angegangen. Die gegenwärtige Situation wird nach Altvater dadurch charakterisiert, dass Solidarische Ökonomie über Markt- und Geldwirtschaft nicht hinausgeht (15). Die Beiträge zeigen, dass die Frage, unter welchen Bedingungen der Anspruch eines nicht nur kollektiven, sondern zugleich solidarischen und antikapitalistischen (und nicht-patriarchalischen) Wirtschaftsprojekts eingelöst werden könnte, bisher noch offen bleibt.

Auch der einzige Bericht, der dezidiert auf die Rolle der Geschlechtergerechtigkeit in der Solidarischen Wirtschaft eingeht (Uwe Hoering über Frauengruppen, vor allem aus Dalits im Regenfeldbau in Indien, 132ff.), verweist ansonsten auf die bereits genannte prekäre Situation.

Es wird noch andauernder Mühen, besonders auch zäher aufreibender Kleinarbeit bedürfen, um bereits begonnenes Solidarisches Wirtschaften nachhaltig zu gestalten und weitere Projekte zu begründen.

Anneliese Braun

Vorschläge des „Stichwortgebers“

Jürgen Elsässer, Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 2007, 220 S., 17,90 Euro.

Der *junge Welt*- und *Freitag*-Autor Jürgen Elsässer hat ein Buch vorgelegt, in dem er Vorschläge unterbreitet, wie die Linke „die neue Barbarei, die im Unterschied zum klassischen Faschismus kein nationalistisches, sondern ein globalistisches Profil“ (16) hat, „stoppen“ kann. Elsässer ist nicht irgendwer. An ihm scheiden sich die Geister in der Linken wie an keinem Zweiten. Spätestens seit der Chemnitzer „Fremdarbeiter-Rede“ Oskar Lafontaines gibt es ja einen strategischen Vorschlag für das Vorgehen der deutschen Linken, der sich wie folgt umreißen lässt: Wir brauchen einen gewissen Populismus, der sich nicht scheut, die Dinge beim Namen zu nennen, selbst wenn dies gegen die allgemeine political correctness verstößt. Dazu gehört die positive Bezugnahme auf Nation aber auch auf Volk, Begriffe, die man nicht der Rechten überlassen darf. Dazu gehört auch die Orientierung auf die breite Mehrheit der Bevölkerung, die eben nicht durch die Summierung von Politiken für einzelne Gruppen ersetzt werden kann. Und dazu gehört schließlich eine klare Absage an ein Europa, das für Sozial-, Umwelt-, Steuer- und Lohndumping steht. Um diese Ziele zu erreichen, darf man sich nicht auf die Routine der Parlamentsarbeit beschränken, Volksabstimmungen und der politische Generalstreik müssen

hinzutreten. Damit war der Fehdehandschuh geworfen. In einem Antrag des Landesvorstands der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt wurde prompt davor gewarnt, mit dieser Orientierung „das Tor zu nationalistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Mobilisierung“ zu öffnen.

Und dort, wo gegen diese Politik mobilisiert wird, gerät regelmäßig auch Jürgen Elsässer ins Visier. Sei es in der Warnung des *Spiegels* vor der *jungen Welt* als Hort ehemaliger Stasi-Leute und Verschwörungstheoretiker oder ein paar Monate später im Szene-Organ *Jungle World*, wo unter der Überschrift „Angst vor den Oskars“ vor „ehemaligen SPD-Kadern“ gewarnt wurde, „die sich in den letzten Jahren von der Sozialdemokratie abgewandt haben und bei der PDS den Anschluss an ein nationalbol-schewistisches Milieu suchen“. Und da ist es zum Buchautor nicht weit: „Elsässer wird zunehmend zum Stichwortgeber und Multiplikator des Lafontaine-Flügels in der Linkspartei.“ Nun gibt es sicherlich keinen expliziten „Lafontaine-Flügel“ innerhalb der Linkspartei und Elsässer gehört auch nicht zu den Beratern des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, aber er bezieht sich immerhin positiv auf die Gedanken Lafontaines, verdichtet sie und entwickelt daraus strategische Vorschläge für ein Vorgehen der Linken in Deutschland. Allein dies genügt, um ihn mit Lafontaine in einen Topf werfen zu können, und eben dies macht auch das jetzt vorgelegte Buch interessant.

„Angriff der Heuschrecken“ besteht aus zwei Teilen. Im ersten werden die strategischen Thesen aus einer Analyse des gegenwärtigen Kapita-

lismus hergeleitet. Im Anhang werden Artikel des Autors zur Auseinandersetzung mit den Antinationalen aus den Jahren 2001 bis 2006 dokumentiert. Elsässer gibt darin beredt Auskunft über seinen politischen Werdegang. Und wer es bisher noch nicht wusste, der erfährt es spätestens hier: Elsässer gehörte selbst zu den Antideutschen und der Rückblick auf diese Zeit gehört zu den interessantesten in dem Buch.

Unbedingt lesenswert ist auch die Abrechnung mit dem Kultbuch „Empire. Die neue Weltordnung“ von Toni Negri und Michael Hardt. Nach Elsässer passt dieses Werk deshalb so glänzend in das postmoderne neoliberale Denken, da dort „die Migranten als ‚Helden der Befreiung‘ als ‚Motor‘ des geschichtlichen Fortschritts – ganz wie es die Proletarier bei Marx und Engels waren“ (50) gefeiert werden. „Während im traditionskommunistischen Modell das Proletariat die Macht in ‚seinem‘ Nationalstaat erobern soll, setzen Negri und Hardt auf den Exodus der Proletarier aus ihren Nationalstaaten.“ (48) Die Linke müsse sich fragen, warum ihre Parolen in der Zuwanderungspolitik heute vor allem von den Vertretern des Kapitals geteilt werden. „Im globalisierten Kapitalismus sind die Flüchtlinge tatsächlich nicht nur Opfer, sondern können auch eine Waffe der Veränderung sein – allerdings nicht im Interesse der Emanzipation, sondern für die Zwecke des Kapitals.“ (50) Wobei Elsässer aber sogleich klarstellt, dass „die Linke weiterhin für die Selbstverständlichkeit kämpfen muss, dass jeder politisch Verfolgte in diesem Land Asyl finden kann.“ (52)

Die Kritik an diesen – wohl selbst einmal geteilten – Positionen und ihren Akteuren ist ätzend und ohne jede Gnade. Die Rede ist von „Bonsai-Realpolitikern“ (110) und „Party-Theoretikern“ (99). Für die Antiglobalisierungsbewegung hat der Autor nur Spott übrig. „Was bleibt, sind internationale Konferenzen, sogenannte Sozialforen, für die westliche Essayjet-Intelligenzija: Events für Leute, die das Geld und die Zeit haben, den halben Erdball auf der Suche nach Diskussionen über Genmais und Gender zu umrunden – oder auch nur geile Partys mit Gleichgesinnten zu feiern. Wenn das nicht möglich ist, wird der Protest-Hopper böse“ (98). Nun, Türen für einen Dialog werden damit nicht unbedingt geöffnet. Man merkt, hier spricht neben dem Eingeweihten zugleich ein Konvertit, von dem es ja bekanntlich heißt, dass er bei der Abgrenzung von einmal geteilten Positionen im Überschwung nicht selten das Maß verliert.

Dies merkt man auch bei der Abkanzelung der 68er und der Neuen Linken im Abschnitt „Die Mutation der Achtundsechziger“, die dort für alles und jedes Schlechte erhalten müssen. Der Autor beruft sich dabei aber faktisch nur auf eine einzige Quelle, auf das Buch der Kanadier Joseph Heath und Andrew Potter „Konsumrebellen. Der Mythos der Gegenkultur“. Doch die hatten vor allem die Kritik der nordamerikanischen Studentenbewegung im Sinn. In Westeuropa und in der Bundesrepublik bedeutet Neue Linke hingegen auch ein Wiederaufleben der Kapitalismuskritik und ein bis heute nicht eingelöster kulturevolutionärer Impuls. Mit diesem Impuls hat Elsässer

nun gar nichts (mehr) im Sinn. „Um die Atomisierung der Gesellschaft voranzutreiben, propagieren die alienistischen Medien den Individualismus als höchste Tugend und stellen jede Form von Kollektivität unter Faschismusverdacht. Familie gilt als die Brutstätte von Neurosen, Psychosen und autoritären Charakteren; Religion und Kirche sind Synonyme für Abtreibungsverbot und Fundamentalismus; Vereine haben meist einen Stammtisch und sind auch sonst mega-out; Gewerkschaften wollen alle in Tarifverträge zwingen, sonst noch Fragen? Aliens und ihre Anhänger sind hip, wechseln ständig ihr Aktiendepot, ihren Lebensabschnittspartner und ihre sexuelle Orientierung (sic!). Sie sind oft im Fitnessstudio und spenden für Nichtregierungsorganisationen, die sich für Schwule in der Mongolei oder Robbenbabys in Sibirien einsetzen.“ (34) Mal eben ganz locker werden hier die disparatesten Klischees miteinander vermengt. Doch was gibt es denn an der Kritik gegenüber der Familie wirklich zurückzunehmen, in einer Zeit, in der selbst die CDU beginnt zu akzeptieren, dass sie nur noch für eine Minderheit der Bevölkerung das Leben bestimmt? Und ist nicht etwa die Kritik an der Katholischen Kirche eines Benedikt des XVI notwendiger denn je? Der Autor kommt hier einer konservativen Kulturkritik bedenklich nahe. Doch täuscht sich Elsässer beim heute so modischen Einschlagen auf die 68er nicht im Subjekt? Meint er nicht vielmehr die erst Ende der siebziger Jahre aufkommende Strömung und auch Mode der Autonomisten, der Undogmatischen, die in der Gründung der *Tageszeitung* und

dann der Partei Die Grünen 1980 ihren Ausdruck fand? Auf diese Kohorten, die sich in Windeseile den Realitäten der bürgerlichen Gesellschaft angepasst haben, würde seine harte Kritik schon eher zutreffen.

Nicht überzeugen können auch Elsässers ökonomische Ausflüge im Abschnitt „Imperium der Aliens“. Er greift hier die unter dem Stichwort Heuschrecken geführte aktuelle Debatte um Hedge- und Equity-Fonds auf und leiht sich von einem Modeautor wie Christoph Spehr die Fiktion des Angriffs von „Aliens“ mit Hilfe eines „Todessterns“, mit dem die neuen Formen kapitalistischer Offensiven umschrieben werden. Dies ist der Stoff für eine Dramatisierung, die schließlich in der Behauptung mündet: „Die Heuschrecken haben die ökonomische Grundlage des Kapitalismus zersetzt. Diese Grundlage war für Marx das Wertgesetz, die Wertermittlung qua Arbeitszeit. (...) Kann man noch von Kapitalismus sprechen, wenn das Wertgesetz nicht mehr gilt?“ (22) Einmal mehr wird demnach die Gültigkeit des Marx'schen Wertgesetzes angezweifelt, nur diesmal von links. Spiritus Rector für Elsässer ist in ökonomischen Fragen, neben Christoph Spehr, Robert Kurz, jener Theoretiker, der in Tradition von Louis Althusser, oder präziser des Ökonomismus der II. Internationale, das Kapitalverhältnis nur als globalen geschichtslosen Prozess ohne Subjekt denkt. Da verwundert es nicht, dass schließlich auch Karl Kautskys Ultraimperialismus aufgewärmt wird. „Heute hätte Lenins Widersacher Karl Kautsky Recht: Wir sind Zeuge eines Ultraimperialismus, der alle Groß-

mächte unter einem einheitlichen Kommando zusammenzwingt – dem der United States of Aliens (USA).“ (30)

Diese Behauptung eines Ultraimperialismus passt nun so gar nicht zu jenen Teilen des Buches, in dem der Autor zu Recht mit Bezug auf sehr differenzierte Entwicklungen in Japan (vgl. den Abschnitt „Die Klugheit der Samurai“), vor allem aber in China, Indien, Südafrika und Brasilien (hier hätte er auch Russland hinzufügen können) nachweist, dass im Weltkapitalismus eben nicht „alle Katzen grau sind“. Man muss seine Bewertungen dieser Länder nicht in allen Einzelheiten teilen, um seiner Schlussfolgerung durchaus zustimmen zu können, vorausgesetzt allerdings, man ersetzt Heuschrecken durch Multinationale Konzerne und Aliens durch Monopolbourgeoisie: „Trotz aller Kritik im Detail stellen sie ein Störpotential für die Weltoberungsstrategien der Heuschrecken dar, da die Früchte des Booms nicht an das internationale Casino abfließen, sondern die Herausbildung eines Mittelstandes ermöglichen – in den westlichen Ländern neben dem Proletariat das bevorzugte Opfer der Aliens.“ (103)

Was bedeutet dies aber für die Möglichkeiten der deutschen Linken, für einen alternativen Weg kämpfen zu können? Auf Europa setzt Elsässer keinerlei Hoffnungen. Er sieht die EU vor allem als Werkzeug, mit dem die nationalen Bourgeoisien ihre Gesellschaften neoliberal zurichten. Damit hat er Recht. Doch wie steht es um den Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland? Hier gibt es im Buch nur vage Andeutun-

gen. So kann man auf Seite 89 lesen: „Und die deutschen Ambitionen, zum 'Partner in Leadership' mit den USA aufzusteigen und sich den Globus aufzuteilen, scheiterten an der Hypermacht (...).“ Einige Seiten später heißt es gar: „Im jüngsten Stadium des Imperialismus werden die Nationalstaaten vernichtet. Die Globalisierung, wie dieses jüngste Stadium euphemistisch genannt wird, geht über den klassischen Imperialismus hinaus, da auch die einst mächtigen Nationen Europas in das supranationale Imperium der Heuschrecken eingesaugt werden.“ (118) Zustimmend zitiert er Wolfgang Pohrt, auch er ein ehemaliger Antideutscher: „Was wie eine Wiederkehr Vorkriegseuropas erschien, dieses Vorkriegseuropas mit seinen Nationalismen, Faschismen und Pogromen, war in Wahrheit das definitive Ende dieser Zeit, nach einer etwas rauhen Übergangszeit freilich (...). Statt souveräner Nationen war das Ergebnis des Zusammenbruchs ein ganzer Sack von Übernahmekandidaten, Deutschland vorneweg.“ (89) Deutschland, die führende Macht des imperialistischen Weltzentrums EU also nur ein „Übernahmekandidat“? Auch hier verstellt die antithetische Fixierung auf das einmal Geglaupte und nun Verdammte, nämlich das Antideutsche, den Blick auf die sehr wohl vorhandenen internationalen Handlungsmöglichkeiten des vereinten und daher mächtigen Deutschlands. In seinem 2003 erschienenen Buch „Der deutsche Sonderweg“¹ beschrieb Elsässer das Verhältnis

zwischen den USA und Deutschland noch als „antagonistische Kooperation“. Das traf schon besser die Situation.

Mit seinen strategischen Vorschlägen, ganz unbescheiden unterbreitet unter der Überschrift „Was tun?“, gibt Elsässer auf knappem Raum Hinweise, wie der Kampf geführt werden kann. Sympathisch zunächst, dass es ihm dabei nicht mehr und nicht weniger als um die Macht geht. Ein Begriff, den heute kaum noch jemand für die Linke zu reklamieren wagt. Der Weg zur Lösung der Machtfrage ist dabei für ihn klar: „Mit dem Panier der direkten Demokratie und nicht mit dem Panier des Sozialismus wird der Sieg errungen.“ (106) Und: „Direkte Demokratie statt parlamentarischem Kretinismus ist das Gebot der Stunde.“ (108) Dahinter verbirgt sich die zutreffende Erkenntnis, „dass der Klassenkampf, obwohl er in Armut und Ausbeutung seine Basis hat, in der Regel erst in Verbindung mit politischen Fragen eskaliert“ (117). Und auch der Ort des Kampfes wird richtig beschrieben: „Es geht um die Verteidigung der politischen Interventionsmöglichkeiten gegen den entfesselten Markt und gegen den totalen Krieg, und diese Möglichkeiten liegen nun einmal beim Nationalstaat.“ (119) Doch die dann von ihm unterbreiteten Vorschläge beschränken sich im Wesentlichen auf die Forderung nach Volksabstimmungen. „Mit Plebisziten könnte die Bevölkerung von unten durchdrücken, was die Linke in einer Koalition nicht durchzusetzen in der Lage ist – und auch das, was die Linke vielleicht nicht, noch nicht oder nicht mehr auf ihrer Agenda

¹ Vgl. die Besprechung in Z - Nr. 55, September 2003, S. 198ff.

hat.“ (108) Dass Volksabstimmungen nicht unbedingt zur demokratischen Tradition Deutschlands gehören und dass, um sie auf Bundesebene möglich zu machen, erst einmal das Grundgesetz mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden muss, mit solchen Kleinigkeiten hält sich Elsässer nicht auf. Auch sind die Erfahrungen mit Volksabstimmungen in der Schweiz und in den Bundesstaaten der USA für die Linke durchaus nicht unbedingt ermutigend. Für den Autor existieren denn auch ganz andere Vorbilder. Nicht zufällig geht dem Kapitel „Der Weg zur Macht in Europa“ das mit der Überschrift „Modell Venezuela“ voran. Neben den Entwicklungen in Südamerika faszinieren Elsässer vor allem die Erfolge der Gegner des europäischen Verfassungsvertrages in Frankreich und in den Niederlanden. Und in der Tat stellen das „Non“ und das „Nee“ gravierende Einschnitte dar, die weit über die europäische Politik hinausgreifen. Doch solche Erfolge verändern nur wirklich etwas, wenn sie anschließend von politischen Bewegungen aufgegriffen und abgesichert werden können. In den Niederlanden gelang dies der Sozialistischen Partei, die als einzige Partei dort gegen den Verfassungsvertrag agitierte und deshalb bei den Parlamentswahlen einen fulminanten Sieg errang. In Frankreich scheint es schwieriger zu sein, die Dynamik des „Non“ zu erhalten. Hier kam es weder zu einer nennenswerten Linkverschiebung der Sozialisten noch zu einer Abspaltung ihres linken Flügels.

Mit anderen Worten: Volksabstimmungen und andere Formen der direkten Demokratie können dauerhaft nur

etwas bewirken, wenn sie in den täglichen Kampf von Gewerkschaftsbewegung und linken Parteien eingebettet sind. Doch die Arbeiterklasse spielt in den Überlegungen Elsässers keine Rolle, sowenig wie die zentrale Bedeutung einer sozialistischen Partei, in der sich doch erst das zunächst unbestimmte Gefühl erlittener Ausbeutung, Unterdrückung und politischer Diskriminierung zu einem Bewusstsein über die Notwendigkeit aktiven Eingreifens weiterentwickeln kann.

Der Autor überschätzt sein eigenes Werk nicht, wenn er in der Einleitung schreibt: „Was im folgenden an Analyse und Strategie skizziert wird, ist ein Essay, ein Versuch. Er muss sicherlich an vielen Stellen verbessert, an manchen auch korrigiert werden. Das kann der Autor nicht alleine leisten – er braucht die Unterstützung seiner Leserinnen und Leser. Die Diskussion ist eröffnet.“ (17) Und diese Diskussion muss nun auch geführt werden. Jürgen Elsässer hat dafür wichtige Gedanken eingebracht. Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung.

Andreas Wehr

Argentinien im „Normalkapitalismus“?

Dieter Boris/Anne Tittor, Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 139. S., 11,80 Euro

Mit „Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen“ liefern die Marburger LateinamerikaforscherInnen Anne Tittor und Dieter Boris die meines Wissens nach erste umfassende deutschsprachige Studie

zum post-neoliberalen Argentinien. Zu etwas Besonderem macht dieses Bändchen vor allem, dass es sich nicht auf die Geschehnisse rund um den Volksaufstand von 2001/2002 beschränkt, sondern auch eine reflektierte und differenzierte Analyse der gesamtgesellschaftlichen Veränderungen während der inzwischen schon mehr als drei Jahre andauernden Regierung Kirchner liefert.

Das ist auch nötig, scheinen doch fünf Jahre nach dem Volksaufstand die politischen wie wirtschaftlichen Verhältnisse relativ wenig mit denen der Krisenjahre zu tun zu haben.

Die noch vor kurzem von vielen europäischen BeobachterInnen als neues revolutionäres Subjekt und Vorbild für Europa gefeierten Neuen Sozialen Bewegungen sind größtenteils gespalten und mittlerweile meilenweit davon entfernt, wirkliche Alternativen zum „Konsens Kirchner“ liefern zu können; dessen Umfragewerte mit bis zu 60 Prozent Höhen erreicht haben, die sogar den legendären Präsidenten Peron vor Neid hätten erblassen lassen. Kurz gesagt: Politisch wie auch wirtschaftlich hat sich die Lage normalisiert.

Gleichzeitig, so konstatieren die AutorInnen allerdings, ging dieser „Normalisierungsprozess“ auch mit einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse einher. Den vor wenigen Jahren noch blind übernommenen Empfehlungen von IWF und Weltbank, wird jetzt, wie das in hartem Verhandlungsstil gegenüber privaten Gläubigern durchgesetzte Umschuldungsprogramm gezeigt hat, energischer entgegengetreten. Auch sind in Bereichen wie Menschen-

rechtspolitik und speziell der Außenpolitik – beispielsweise das Fortschreiten des Integrationsprozesses im MERCOSUR – neue progressive Ansätze zu verzeichnen.

Entscheidend hierbei ist für Boris und Tittor jedoch weniger die Person Kirchner, als vielmehr die Frage nach der Rolle der Linken: „ob und wie“ es ihr gelingen kann, Einfluss „auf die Veränderungs- und Normalisierungsprozesse“ zu nehmen (8)?

Optimistischen Erwartungen wird jedoch schon gleich zu Anfang ein Dämpfer gegeben: „Die Abkehr vom neoliberalen Diskurs und von neoliberaler Politik muss nicht notwendigerweise zu einer systemtranszendierenden Übergangssituation führen und muss keineswegs mit einem Terraingewinn jener politischen Kräfte einhergehen, die unter dem Neoliberalismus am meisten gelitten und ihn eventuell am entschiedensten und frühesten bekämpft haben. Aber auch zu erfahren, warum dieses scheinbar „paradoxe“ Resultat der jüngsten Geschichte Argentiniens fünf Jahre nach der großen Krise eingetreten ist, erweist sich als interessant“ (8).

Nach einer kurzen historischen Einführung, in der die AutorInnen die „Gründzüge der politischen und ökonomischen Entwicklung“ (9) der La Plata Republik von der Unabhängigkeit bis zur mit dem so genannten „Marktstreich“ (24) einsetzenden neoliberalen Periode Ende der 80er Jahre skizzieren, werden in den folgenden Kapiteln sowohl die ökonomischen und politischen Dimensionen der Zeit vor und nach der Krise, als auch die Artikulation und Ausgestaltung der verschiedenen sozialen

Proteste dargestellt. Diese formal-analytische Trennung sozusagen zwischen Parlament und Straße – auf die Wechselwirkungen zwischen beiden wird sehr wohl eingegangen – ermöglicht es ihnen, schon in der Gliederung ein spezifisches Problem der argentinischen Linken anzuschneiden: das historische Auseinanderfallen von Partei und Bewegung bzw. von „sozialer“ und „politischer“ Linken (119). Trotz nie dagewesener zivilgesellschaftlicher Mobilisierungsstärke konnte es ihr nicht gelingen, diese in die Etablierung einer „partieförmigen Kraft“ (120) zu transformieren.

Auch die während der 90er Jahre von der Regierung Menem durchgeführte „Reformpolitik“ wird einer differenzierten Bewertung unterzogen, die sich nicht mit einer schlichten Reduktion auf autoritär erfolgte Privatisierungs- und Deindustrialisierungspolitik zufrieden gibt. Anfängliche wirtschaftspolitische Erfolge wie das temporäre Besiegen der Hyperinflation durch die Bindung des Peso an den Dollar sowie „bemerkenswert positive ökonomische Kennziffern“ (28) – die ersten Jahre der Menem-Regierung interpretieren sie passend als „wirtschaftspolitischer Frühling“ (28) – werden genauso wenig verkannt wie der relativ hohe Grad an gesellschaftlicher Zustimmung, die sich vor allem innerhalb der Mittelklassen manifestierte; Argentinien ist eines der wenigen Länder in Lateinamerika, in denen es so etwas wie relevante Mittelklassen noch gibt (26). Gleichzeitig offenbaren sie die immanente Krisenhaftigkeit einer Politik, die zur Finanzierung der Dollar-koppelung auf ständige Devisenzufuhr angewiesen ist. Kann diese nicht

mehr von der durch Deindustrialisierung und Überbewertung des Pesos völlig heruntergewirtschafteten Exportwirtschaft befriedigt werden, müssen nötige Devisen eben über die Privatisierung des öffentlichen Sektors beschafft werden. Da dieser Prozess aber endlich ist, bleibt letztendlich nur noch die Aufnahme immer neuer Kredite. Die Folgen dieses „Teufelskreises“ zeigten sich im Totalzusammenbruch von 2001.

Einen der interessantesten Aspekte des Buches bilden die Untersuchungen über die „Veränderungen im gewerkschaftlichen Spektrum“ (72); gerade weil dieses in der bisherigen Argentinien-Literatur oft zugunsten der Neuen Sozialen Bewegungen stark vernachlässigt wurde. Traditionell eng an die „peronistische“ Partei gebunden unterstützte die gut organisierte Gewerkschaftszentrale CGT die Privatisierungspolitik des „Peronisten“ Menem fast vorbehaltlos: Zahl und Geschlossenheit der gewerkschaftlich organisierten Streiks und Protestaktionen erreichte ein Rekordtief (73). Nichts desto Trotz formierte sich Mitte der 1990er Jahre unter dem Banner des „neuen Syndikalismus“ mit der CTA eine neue „konfliktorientierte“ (73) und basisnahe gewerkschaftliche Bewegung, die sich schnell als wichtiger Protestakteur etablieren konnte: „Die Integration verschiedener sozialer Sektoren während der 1990er Jahre durch die Vernetzung konkreter Artikulationen war auch zu nicht unerheblichem Teil ein Verdienst der CTA“ (76). Von Kirchner einerseits hofiert, andererseits als fester Verhandlungspartner versucht zu umgehen, stellt sie heute, wohl auch aufgrund ihrer „zahlenmäßigen Bedeutung“ (122), eine politisch

langfristig schwer zu marginalisierende Kraft dar, deren Integrationsfähigkeit vor allem im aktuellen Formierungsprozess einer parlamentarischen Linksopposition zu Kirchner, von entscheidender Bedeutung sein könnte.

Die Beantwortung der Ausgangsfrage nach den Möglichkeiten der Linken, diesen Prozess aktiv mit zu gestalten, hängt für die AutorInnen vornehmlich davon ab, ob es ihr gelingt, die „zentrale Spaltungslinie“ (120), die beim gespaltenen Verhältnis zur Regierung verortet wird, zu überwinden. „Während der Kirchnerfreundliche Teil vor allem als begeisterter Anhänger der Regierung betrachtet wird und darüber Gefahr läuft, eigenes Profil zu verlieren ...“ fehlen der „oppositionellen Linken ihrerseits gesellschaftliche Anknüpfungspunkte ...“ (120), und sie befindet sich in einer Position weitgehender politischer Isolation. Trotzdem darf ihr Einfluss auf die Regierungspolitik keinesfalls unterschätzt werden. Erfolge wie die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die positive Menschenrechtspolitik oder die Absage an das ALCA-Projekt waren „Ende der 1990er Jahre noch unvorstellbar“ (121) und „wären ohne die populäre Unterstützung und den Druck von unten“ (120) auch heute noch nicht zu verwirklichen.

Unter dem Strich überzeugt „Der Fall Argentinien“ durch die empirische Vielfalt und seine weder glorifizierende noch schwarzmalersche Sichtweise und steht dem aktuellen Stand der innerargentinischen Debatte um nichts nach.

Johannes Schulten

Investieren, sanieren, reformieren?

Angelika Beier, Kai Eicker-Wolf, Stefan Körzell, Achim Truger (Hrsg.), Investieren, sanieren, reformieren? Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der schwarz-roten Koalition, Metropolis Verlag, Marburg 2006, 284 S., 22,80 Euro

Sanierung des Staatshaushaltes, Reform des Gesundheitswesens, Abbau der Arbeitslosigkeit – das sind nur einige der Schlagworte, die uns täglich in den Medien begegnen und an deren Erfolg sich die Arbeit der schwarz-roten Koalition messen lassen muss.

Investieren, sanieren, reformieren? ist der Titel eines Sammelbandes, der sich zur Aufgabe gemacht hat, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der großen Koalition hinsichtlich der Verwirklichung der gesteckten Ziele zu untersuchen, wobei auch die Politik der Vorgängerregierung nicht außer Acht gelassen wird. Das Buch basiert dabei zum größten Teil auf den Vorträgen einer Tagung des DGB Hessen-Thüringen, die im Mai 2006 unter dem Titel „Reformieren und investieren oder privatisieren und kaputtsanieren?“ stattfand.

Die Beiträge des Buches decken eine große Bandbreite an Themen ab. So wird neben Rente, Gesundheit, Bildung und Pflege unter anderem auch die Frage der gerechten Einkommensverteilung erörtert. Die einzelnen Beiträge nehmen eine kritische Analyse der aktuellen Situation vor und setzen sich danach kritisch mit dem bisherigen Konsens und den daraus folgenden Politikempfehlungen auseinander. Seinem Titel wird das Werk jedoch nicht ganz gerecht,

da sich einige Beiträge nicht schwerpunktmäßig mit der Politik der schwarz-roten Regierung beschäftigen, sondern eher allgemein gehalten sind. Von den insgesamt neun Aufsätzen seien hier zwei besonders leistungswerte kurz vorgestellt.

Kai Eicker-Wolf und Achim Truger untersuchen in ihrem Text die makroökonomische Entwicklung in Deutschland. Ausgangspunkt ihrer Analyse ist die von den meisten deutschen Ökonomen, Journalisten und Wirtschaftslobbyisten unterstellte „strukturelle Krise“ sowie die daraus folgenden Therapieversuche, die mit den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 politisch umgesetzt wurden. Nach den Autoren beruht diese Politik letztendlich auf dem neoklassischen Modell des Arbeitsmarktes, nachdem es durch Überregulierung und Marktmacht der Gewerkschaften zu keinem Markt räumenden Reallohn komme, was Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit zur Folge habe. Allerdings trifft diese These neben theoretischen und allgemein empirischen Schwächen, nicht auf die tatsächliche Entwicklung in Deutschland zu, vielmehr seien makroökonomische Fehlentwicklungen für die schwache wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland verantwortlich. Eicker-Wolf und Truger belassen es nicht bei ihrer Kritik an der vorherrschenden Politik, sondern zeigen Alternativen auf, die sich am Leitbild einer koordinierten Wirtschaftspolitik orientieren.

Der Beitrag von Thomas Gerlinger beschäftigt sich mit der Gesundheitspolitik der großen Koalition. Nach einem kurzen historischen Abriss stellt der Verfasser die Eckpunk-

te der geplanten Gesundheitsreform der schwarz-roten Regierung vor. Mit seinem Artikel versucht der Autor vor allem zu klären, welche Richtung die Gesundheitspolitik mit dieser Reform einschlägt, und ob die Möglichkeit einer adäquaten Lösung der vorliegenden Probleme abzusehen ist. Hier bezieht sich Gerlinger vor allem auf das Gerechtigkeitsdefizit im Finanzierungssystem der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und auf das propagierte Argument der Kostenexplosion, welches er im Laufe seiner Argumentation zu relativieren versteht. Insgesamt resümiert der Autor, dass mit der Beibehaltung von bestimmten Elementen wie z.B. der Beitragsbemessungsgrenze und ohne die Einbeziehung von anderen Einkommensarten in die Finanzierung der GKV die Reform keine Verbesserung gegenüber dem Status quo bringen wird. Sie stellt, so Gerlinger, auch keinen Systemwechsel der GKV-Finanzierung dar, obwohl mit der Ausgestaltung des Gesundheitsfonds ein „kleiner“ Einstieg in die Kopfpauschale geschaffen wird.

Insgesamt bietet das Buch gut verständliche Beiträge zur sozialpolitischen Lage in Deutschland. Die Autorinnen und Autoren analysieren die aktuelle Politik kritisch und können durch Argumentationen jenseits des Mainstreams überzeugen. Ein weiterer Pluspunkt dieses Buches ist, dass die Leserinnen und Leser mit dieser Kritik nicht allein gelassen werden, sondern dass hier Alternativen aufgezeigt werden. Der Sammelband liefert so einen guten Überblick über die aktuellen wirtschaftlichen und sozialpolitisch relevanten Themen

und bietet einen guten Startpunkt für eine weitere Beschäftigung der behandelten Themen.

Andreas Etling

Ökonomie und Geschlecht

Torsten Niechoj/Marco Tullney (Hrsg.), Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie, Metropolis Verlag, Marburg 2006, 305 S., 19,80 Euro

Torsten Niechoj und Marco Tullney verfolgen mit dem von ihnen herausgegebenen Sammelband „Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie“ zwei Ziele: Sie wollen erstens „dokumentieren, wie geschlechtersensible Analysen staatliches Handeln in klassischen Politikfeldern sehen sowie aktuelle Entwicklungen interpretieren. Zweitens soll der Stand feministischer Theoriebildung, soweit sie für die ökonomische Diskussion einschlägig ist, aufgearbeitet werden“ (9). Diesen selbst gesteckten und doch recht hohen Zielen – dies sei hier als Urteil schon einmal vorweggenommen – wird die Publikation in jeder Hinsicht gerecht.

Das Buch gliedert sich in zwei Teile: Bei den ersten drei Texten handelt es sich um theoretische Arbeiten, während sich die sechs folgenden Aufsätze mit verschiedenen Feldern der Wirtschaftspolitik befassen, in denen Geschlechterverhältnisse eine Rolle spielen.

Im ersten Beitrag liefern die beiden Herausgeber einen Aufriss des Problemfeldes, das im gesamten Buch behandelt wird. Sie stellen fest, dass zwar zahlreiche Studien und Theorietexte existieren, die Geschlechterverhältnisse behandeln und theoretisch

verarbeiten. Allerdings, so Niechoj/Tullney, „ist der Weg zu einer Gender-Ökonomik, einer geschlossenen Ökonomik, die systematisch Geschlechterverhältnisse einbezieht, noch weit“ (30). Im Anschluss an Niechoj/Tullney geht Maria Funder der Frage nach, ob Gender ein Thema für die Wirtschaftssoziologie ist. Funder bemängelt am Beispiel der Haushaltsökonomie die Verengung der üblichen Betrachtungen durch die Beschränkung auf neoklassische ökonomische Rationalitätsannahmen. Sie plädiert dafür, auch nicht-ökonomische, d.h. kognitive, strukturelle und kulturelle Regelungsmechanismen zu berücksichtigen – mit dem Ziel, Aufschluss darüber zu gewinnen, wie Akteure unter Bedingungen der Unsicherheit handeln. Dies könnte nach Auffassung von Funder dazu führen, zu neuen Einsichten zum Zusammenhang von Gender und Wirtschaft zu gelangen, z.B. eben in Hinblick auf die „Ursachen der geschlechtsspezifischen Organisation der Haushaltsökonomie.“ (63)

Im Anschluss an Funder beschäftigt sich Frigga Haug mit der Rezeption von Geschlechterverhältnissen durch Marx und Engels sowie mit den feministischen Debatten im Umfeld der verschiedenen marxistischen Theorien. Haug fordert, dass jene Dimensionen der Geschlechterverhältnisse, die als Produktionsverhältnisse zu begreifen sind, auch angemessen wahrgenommen werden müssen und nicht nur als Frauen betreffende Themen behandelt werden dürfen.

Mit einem Text von Ulla Knapp zur Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik beginnt der zweite Teil des

Buches, der außerdem Beiträge zum so genannten Normalarbeitsverhältnis von Lutz C. Kaiser, zur Differenzierung und Diskriminierung beim Erwerbseinkommen von Astrid Ziegler sowie zur Renten- und Gesundheitspolitik von Mechthild Veil bzw. von Simone Leiber enthält. Den Abschluss liefert Mascha Madörin mit einem Plädoyer für eine eigenständige Care-Ökonomie. Alle Aufsätze in der zweiten Hälfte des Sammelbandes liefern aktuelle empirische Befunde und kommen zum Teil zu überraschenden Ergebnissen und Bewertungen. So kann Kaiser die weit verbreitete These von der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses zumindest einschränken: Während sich, so Kaiser, die standardisierten Erwerbsmuster von Männern kaum verändert hätten, sei ein Anstieg der Frauenerwerbsquote zu beobachten, der vor allem auf Teilzeittätigkeiten basiere. Und Leiber bewertet die von Gewerkschaftsseite und der politischen Linken befürwortete und als Gegenmodell zur so genannten Kopfpauschal geforderte Bürgerversicherung lediglich als kleineres Übel, weil sie das Einverdiener-Modell der Ehe bevorzugt.

Insgesamt muss den beiden Herausgebern bescheinigt werden, dass sie ein thematisch gut strukturiertes und gut lesbares Buch zusammengestellt haben. Zwar haben die Bewertungen und Urteile in den einzelnen Aufsätzen zum Teil einen fast schon resignativen Unterton. Allerdings spricht dies nicht gegen das Buch, sondern für die Nüchternheit der Autorinnen und Autoren in ihren Einschätzungen. Wer sich mit Stand und Perspektiven der Geschlechterforschung in der ökonomischen

Wissenschaft auseinandersetzen will, kommt um das Buch von Tullney und Niechoj nicht herum.

Kai Eicker-Wolf

Hypothek sozialistischer Vergangenheit

Erhard Crome, Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft, Karl Dietz Verlag, Berlin 2006 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 17) 247 S., 14,90 Euro

Der Verfasser vereint in diesem Buch zwölf Essays, die eigentlich selbständige Beiträge darstellen, sich aber um ein übergreifendes Anliegen gruppieren. Es geht keineswegs nur um die Zukunft, wie der Titel verheißt, sondern sowohl um das Scheitern des realen Sozialismus, oder wie er selbst fortwährend schreibt, des „kommunistischen“ Herrschafts- und Gesellschaftssystems zum einen wie – auf der analytischen Grundlage des derzeitigen kapitalistischen Systems mit seinen unlösbaren Widersprüchen – um Aussichten auf einen Sozialismus im 21. Jahrhundert zum anderen.

Mit einem umfangreichen Arsenal historischer Fakten und anregender theoretischer Überlegungen trägt Crome seine „Weltsicht“ vor, die er aber nicht als „Anleitung zur Durchführung der nächsten Weltrevolution“ (als habe es schon einmal eine Weltrevolution gegeben), sondern „als Anregung zu eigenem Denken“ des Lesers verstanden haben will. Das bedeutet natürlich auch, dass sich die Leser aufgefordert fühlen, manche seiner Positionen mit eigenen Überlegungen in Frage zu stel-

len. Ohnehin existieren zu vielen der von ihm behandelten Themen unterschiedliche Auffassungen.

Crome geht von der Überzeugung aus, dass Sozialismus „als Lösung für die Probleme, mit denen die Mühseligen und Beladenen heute zu ringen haben“, wieder auf der Tagesordnung stehe. Diese könnten sicher sein: „Es wird eine andere Welt geben... Wir wissen, dass sie kommen wird, früher oder später...“ (7) Denn der Kapitalismus produziere seine Gegenkräfte, sein Kritik immer wieder neu. Doch diese euphorische Zukunftsaussicht, die an historischen Determinismus erinnert, stellt er selbst an anderer Stelle in Frage: Die gegenwärtige Entwicklung befinde sich in einer Scheideweg-Situation, so dass das eigentliche Problem heute das der Demokratie sei. „Entweder greift das Modell einer antizipatorischen Vernunft, und es gibt einen breiten Konsens der politischen, sozialen und geistigen Kräfte der modernen Welt über die weiteren Entwicklungsziele und die Wege zu ihrer Realisierung, oder aber der weitere Verlauf bleibt einem blinden, scheinbar zweckrationalen Prozess überlassen, dessen Implikationen immer unüberschaubarer werden.“ (53) Es sind eben in möglicher Ermangelung ausreichender prosozialistischer Kräfte zwei andere Perspektiven nicht ausgeschlossen – die des Verfalls in ein barbarisches Chaos mit einem lediglich zerstörerischen Protestpotenzial, und die einer rechten, pro-faschistischen Diktatur.

Zu Recht betont der Autor wiederholt, dass ein künftiger Sozialismus die Lösung der gegenwärtigen Probleme des realen Kapitalismus bedeu-

ten müsse. „Die neue Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, die auf eine sozialistische hinausläuft, entsteht aus den konkreten Verhältnissen heraus und aus den Voraussetzungen, über die diese inzwischen materiell, politisch, sozial, kulturell und geistig verfügt.“ (127f.) Doch bleibt, wie schon bemerkt, offen, ob die Gesellschaft tatsächlich auf Sozialismus hinausläuft, so notwendig das wäre. Hier stellen sich zwei Fragen, auf die Crome ausführlich eingeht: die nach dem Zustand des heutigen Kapitalismus sowie die nach den Subjekten und deren pro-sozialistischer Handlungsfähigkeit. Er bietet eine gründliche und umfassende Analyse der innerkapitalistischen Widersprüche, der Ablösung des Fordismus durch den Neoliberalismus, des gegenwärtigen Imperialismus usw. Da die Kämpfe des 20. Jahrhunderts die Welt beträchtlich verändert haben, kann es ohne eine solche Analyse des Kapitalismus mitsamt seiner Geschichte und seinen aktuellen Strukturen „keine ernsthafte Debatte über Möglichkeiten eines neuen Sozialismus“ geben. (106) Zu den gravierenden Veränderungen zählt er auch die Tatsache, dass „die Frage des Friedens ... wieder zu einer entscheidenden Frage der Gegenwart geworden“ ist, deren Realisierung jedoch schon wieder in weite Ferne gerückt zu sein scheint (81). War es zuvor nicht der sowjetisch dominierte Sozialismus, der zur Einsicht zwang, dass Krieg nicht mehr das Mittel der Politik sein könne? Die Rolle der UdSSR hierbei – allein wegen Afghanistan – mit „Friedensrhetorik“ (74) abzutun, wird der Realität nicht gerecht.

Crome ist zuzustimmen, dass es kein

Modell für Wege zu einem künftigen Sozialismus geben kann. Das schließt nicht aus, dass Fortschritte in Richtung auf einen neuen Sozialismus gewisse Bedingungen voraussetzen: veränderte Kräfteverhältnisse in Gestalt entsprechender Subjekte (als Gegenmacht) mit antizipatorischer Vernunft usw. So konstatiert er, dass „wir ... es in Deutschland und in Europa wie weltweit mit einem Prozess der Neuaufstellung der Linken zu tun“ haben (212). Ausführlich befasst er sich in diesem Zusammenhang mit der Bewegung der weltweiten Sozialforen, die die eigentliche politische Gegenkraft zu den Interessenvertretern des neuen Kapitalismus“ darstellten (119), wobei letztere, wie es an anderer Stelle heißt, „von oben den Klassenkampf gegen die da unten“ eröffnet haben (42). Hat denn dann die möglicherweise lang dauernde und harte Auseinandersetzung zwecks Übergangs zu einer neuen Gesellschaft auch etwas mit Klassenkampf zu tun? Es verwundert hierbei auch, dass der Verfasser wiederholt vom Subjekt im Singular spricht, denn gerade die soziale, politische und weltanschauliche Pluralität der in Frage kommenden Kräfte ist ein grundsätzliches Unterscheidungskriterium zum bisherigen kommunistischen Revolutions- und Sozialismuskonzept. Ohne näher darauf einzugehen, berührt Crome dabei die Frage nach der Organisiertheit der (pluralen) Subjekte und dem Erfordernis ihrer Hegemonie. Hier wäre es angebracht gewesen, auf Gramscis Konzept des „historischen Blocks“ und der Hegemonie einzugehen, die als methodische Grundlage überkommene marxistische Positionen korrigieren

und für sozialistische Politik nach wie vor richtungweisend sind.

Die Rolle der existierenden sozialistischen und kommunistischen Parteien als organisierte politische Kräfte im Ringen um einen neuen Sozialismus hat in den Überlegungen Cromes keinen Platz. Damit fehlt leider auch eine – ggf. kritische – Bezugnahme auf die bisherigen Debatten um einen neuen Sozialismus in diesen Parteien.

Crome wirft auch die Frage danach auf, welchen Stellenwert den verbliebenen Ländern des „alten Sozialismus“, gemeint sind China, Vietnam und Kuba, im neuen Jahrhundert zukommt. Sein Urteil ist rigoros. „Das jetzige China aber – wie auch Vietnam – ist keine ‚Reserve‘ oder gar ein Vorbild für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert..., sondern Ergebnis eines spezifischen Weges nachholender kapitalistischer Entwicklung.“ (216) Zwei Argumente lassen sich einwenden: Zum einen ist das künftige Schicksal sozialistischer Orientierung Chinas und Vietnams nicht endgültig entschieden; zum anderen vermag China als ernstzunehmende Gegenkraft gegen die imperialen Intentionen der USA, worauf Crome selbst hinweist, durchaus eine entscheidende machtpolitische „Reserve“, ein begünstigender Faktor im internationalen Kräfteverhältnis für den Aufstieg anderer Länder zum Sozialismus sein bzw. werden. Nicht positiver fällt sein Urteil über Kuba aus. „Was immer jetzt über die kubanische Revolution ... und den heroischen Widerstand gegen die Blockade und militärische Drohhpolitik der USA gedacht oder diskutiert werden könnte, eines ist das Herrschaftssystem Ku-

bas unter Castro jedenfalls nicht: Vorgriff auf einen Sozialismus im 21. Jahrhundert. Der ist entweder demokratisch oder nicht.“ (216f.) Ist für die widerspruchsvolle Realität die Projektion der Demokratie auf ein Entweder/Oder nicht zu einfach? Die Ausgestaltung der Demokratie ist doch wohl in gewissem Sinne abhängig von historisch bedingten Machtverhältnissen, wobei Beschränkungen im Sozialismus in erster Linie, wie im Falle Kubas, international determiniert und damit existentiell sein können. Bekanntlich unterliegt die viel gerühmte Demokratie in den (demokratischen) kapitalistischen Ländern nicht weniger einer machtpolitischen Räson. Und was Kuba betrifft, so stellt sich aus lateinamerikanischer Sicht ohnehin die Frage nach der sozialen und politischen Verfasstheit Kubas anders als aus europäischer.

Aus einer vornehmlich negativen Perspektive behandelt Crome eine Reihe von Ursachen der Dysfunktion und des Scheiterns der realsozialistischen Ordnungen in Europa mit ihrem sowjetischen Sozialismusmodell. Eine systematische Analyse des Gesamtkomplexes dieser Ursachen bietet er nicht. Ohne Zweifel hatte dieser Sozialismus nur solange als Alternative zum realen Kapitalismus Bestand, wie er „von relevanten Teilen der ... Bevölkerung, speziell der Intellektuellen und der Arbeiterschaft, ... als verwirklicht angesehen wurde“ (45). Allerdings waren die meisten Ursachen des Scheiterns objektiver Natur. Man kann ihm zustimmen, wenn er schreibt, dass die „internationalen Diskussionen von Sozialismus und Kapitalismus ... nicht die Fortsetzung der ideologi-

schen Figurationen von vor 1989“ darstellen, sondern dass in einer neuen Debatte in Anbetracht gewandelter Bedingungen (nicht nur der internationalen) die Inhalte neu anzueignen sind (29). Künftiger Sozialismus muss ohne Zweifel neu konzipiert werden. Trifft es aber zu, dass es zwischen dem gescheiterten Realsozialismus und einem künftigen Sozialismus nur Diskontinuitäten gibt und alle konzeptionellen Brücken zur Vergangenheit unterbrochen sind bzw. abgebrochen werden müssen? Wenn Crome schreibt, dass das „kommunistische Herrschaftssystem“ in Gestalt der sozialen Frage historische Voraussetzungen (Ursachen) besaß, so lässt sich daraus ableiten, dass der Realsozialismus ein historisch begründeter Versuch war, die im Kapitalismus unlösbaren und nach wie vor bestehenden Gebrechen zu überwinden, was in beachtlichem Maße auch geschah, wenngleich dies nicht das Überleben des Sozialismus zu sichern vermochte. Künftige Sozialismusprojekte werden nicht umhin kommen, nicht nur die Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus in Erwägung zu ziehen, sondern auch die getroffenen gesellschaftspolitischen Lösungen.

Als „eines der sozialtheoretischen Probleme, die bei Marx ungelöst blieben“, nennt der Autor die Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft, was er zum Anlass nimmt, dies mit fundierten Überlegungen zu korrigieren. Hierbei drängt sich aber zusätzlich die Frage nach einem weiteren theoretischen Defizit marxistischen Denkens und sozialistischer Politik auf – die Frage nach der Unterscheidung und dem Zusammenhang

von politischer (Staat) und ziviler Gesellschaft und nach der Funktion von Hegemonie und Konsensbildung in Bezug auf demokratische Machtausübung, wie sie erstmals von Gramsci begründet wurde.

Alles in allem handelt es sich um ein Buch, das für die im Gang befindliche Reflexion über Vergangenheit und Zukunft des Sozialismus nicht nur anregend, sondern sehr notwendig ist. Die Hypothek sozialistisch-kommunistischer Vergangenheit, die brennenden ungelösten sozialen, ökonomischen und politischen Probleme der Gegenwart und die zwingenden Erkundungen von sozialistischen Zukunftsprojekten erzeugen unterschiedliche Diskurse, die auf dem Wege eines notwendigen Klärungsprozesses unvermeidlich sind, an dem sich möglichst viele theoretisch und politisch Engagierte beteiligen sollten.

Harald Neubert

Plädoyer für aufgeklärten Irrationalismus

Hartmut Böhme, Fetischismus und Kultur. Eine andere Theorie der Moderne, Rowohlt-Verlag, Hamburg 2006, 570 S., 16,90 Euro

Der Kulturwissenschaftler Hartmut Böhme hat ein umfangreiches Werk zum Verhältnis von Fetischismus und Moderne vorgelegt, in dessen drei großen Kapiteln, denen eines zum Thema Dingtheorie vorgeordnet ist, die These erhärtet werden soll, dass nichts falscher sei als die Annahme einer Entzauberung der modernen Welt (23). Fetischismus bezeichnet dabei dem Autor zufolge die

bewusst gehandhabte, aber in ihrem Wesen unbewusste individuelle oder kollektive Praxis, einem Ding Bedeutungen und Kräfte zuzuschreiben, die ihm nicht als primäre Eigenschaft zukommen. Dieses Ding werde von dem Fetischisten als eigenständig wirksames, als „Agens“, betrachtet, an das er „durch Verehrungs-, Furcht- oder Wunschmotive gebunden ist“ (17, 449), das er aber auch zwecks Manipulation magischer Kräfte zum eigenen Vorteil einsetzt (188, 234).

Solche Praktiken seien zunächst in der missionarischen und ethnographischen Reiseliteratur der europäischen Kolonisatoren an den ‚Anderen‘ und ‚Primitiven‘ (178ff.) gegeißelt worden, um dann sukzessive, mit der Ethnologie und Religionswissenschaft des 18. und 19. Jahrhunderts und vor allem vermittelt durch die Erkenntnisse von Marx zum Waren- und der Psychologie, resp. Psychoanalyse zum sexuellen Fetischismus, als Bestandteile der vermeintlich aufgeklärten Moderne entdeckt worden zu sein. Diesen Stufen und Typen der Reflexion auf das „innere [...] Afrika“ (20) der christlich-abendländischen Kultur ist Böhmers Werk vornehmlich gewidmet.

Zwar rekurriert der Autor auf diese Selbstreflexionspotenziale einer verzauberten Moderne (29), doch will er sich von deren Projekt einer Aufhebung der erkannten Fetischismen und ihrer Diagnostizierung als Individual- oder Sozialpathologien ‚befreien‘. Ein „entspannter“ (28) Blick auf die Fetischismen ist das Ziel, eine (doppelte) Abgeklärtheit im Verhältnis zu naiven Rationalisierungskonzepten und selbstreflexiven Verzauberungsdiagnosen der Moderne gleichermaßen

ßen, der Gestus dieses Buches. Dessen Grundthese lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass mit der weitgehenden Auflösung traditioneller Formen von Religiosität, Mythos und Kultus die in diesen Formen gebundenen Bedürfnisse der Menschen nicht untergegangen seien, ja, sich in der Moderne, aufgrund ihrer bloß formalen rationalen Integrationsleistungen und deren Unfähigkeit, „gehaltvolle [...] Identifikationen“ (22) auszubilden, geradezu exponentiell vermehrt hätten. Böhme weigert sich zwar beharrlich, ganz ‚Kulturwissenschaftler‘, den schon an sich diffusen Moderne-Begriff näher zu explizieren und meint, sein Ansatz stünde nicht im Gegensatz zu „Hegel, Comte, Spencer, Simmel, Max Weber bis zu Jürgen Habermas, Niklas Luhmann, Ulrich Beck oder Anthony Giddens“ (31) – der Leser darf sich also eine gesellschaftstheoretische Fundierung zusammenklauben, ohne wirklich zu wissen, was „Moderne“ in dieser „anderen Theorie der Moderne“ (so der Untertitel) denn genau bedeuten soll.

Dennoch scheint mir hier ein Konkurrenz-Modell zu Habermas auf der (untauglichen) Grundlage von dessen Theoriedesign von System und Lebenswelt vorzuliegen: Was bei diesem noch als Lebensweltschutzprogramm halbwegs aufklärerisch daher kommt, nämlich mit dem Plädoyer einer kommunikativen Rationalisierung normenregulierter Vergesellschaftung bei gleichzeitiger Begrenzung kapitalistischer und administrativer ‚Funktionen‘ auf die ihnen ‚zukommenden‘ Felder, das mutiert bei Böhme zu einem Plädoyer für aufgeklärten Irrationalismus im Bereich

der Lebenswelt bei Fortführung ‚moderner‘ ‚Rationalität‘ (diese Begriffe sind so hohl und verklärend, dass ich um Anführungszeichen nicht herumkomme) in den anderen Subsystemen (30). Böhme konstatiert, „dass die auf Verfahrensrationalität beruhenden Institutionen unserer Gesellschaft nicht über die Bindekräfte verfügen, die Kollektive zusammenhalten und Individuen stabilisieren“ (25). Daher seien wir Modernen konstitutiv auf fetischistische, magische Praktiken angewiesen. Diese Behauptung liegt zwar in ihrer Allgemeinheit noch durchaus auf der Linie aufklärerischer Traditionen, doch die Schlussfolgerung, die der Verfasser daraus zieht, erstaunt denn doch; aufgrund ihrer enormen Fragwürdigkeit sei sie hier zitiert: „Wenn Moderne und Fetischismus aber zusammengehören, dann muss eine Theorie revidiert werden, die den Fetischismus als Perversion, falsches Bewusstsein, Warenverblendung [?], Primitivität oder Aberglauben, kurz: als Sozialpathologie diagnostiziert“ (25). Wenn ein Phänomen ubiquitär ist, dann muss es affirmiert werden? Doch die Crux des von Böhme eingeforderten kulturaffirmativen Denkens liegt in dessen nicht-explizierten Grundbegriffen: Sowohl ‚Moderne‘ als auch ‚Fetischismus‘ werden hier so weit gefasst, dass dem Leser trickreich suggeriert werden soll, eine Alternative zum anthropologisierenden Unvermeidlichkeitsdenken des Autors sei undenkbar. Einerseits beharrt Böhme zu Recht auf Differenzen und unterschiedlichen Quellen der Fetischismen (27, 32). Dennoch ist immer wieder von dem Fetischismus die

Rede und werden verschiedenste Praktiken durcheinander geworfen, obwohl die Analogien bei Vergleichen zwischen Fuß- und Kapitalfetischismus, einem Porno-Portal im Internet und Adam Smiths ‚Wealth of Nations‘ doch reichlich dünn sind. Wenn dann auch noch die Quellen andere sind, was legitimiert dann die pauschale Diagnose, wir bedürften generell des Fetischismus? Muss man alles haben wollen oder nichts? Kann man sich entspannten Blicks dem Phänomen zuwenden, dass die Gesellschaft und ihr ‚Subsystem‘ Wissenschaft aufgrund des ökonomischen Fetischismus überlebenswichtige Alternativen zu einer destruktiven Produktionsweise ausblenden, weil ihnen Kapital als anthropologische Konstante gilt? Ist der Irrationalismus einzuhegen, liberal zu domestizieren, wie Böhme dies anempfiehlt, um nicht den vermeintlich totalitären Konsequenzen der Aufklärung anheim zu fallen (21)? Passend dazu, aber in der Sache geradezu scheinheilig, kommt der kurze Schluss-Ausblick daher, in dem Böhme seinen gegen-aufklärerischen Duktus wieder ein wenig zurücknimmt und nur noch für die „methodische Toleranz“ (491) gegenüber dem Fetischismus plädiert, was wohl soviel heißen mag, wie ihn als Untersuchungsobjekt ernst zu nehmen. Plötzlich werden „intervenierende und öffentliche Kritik“ (491) an Fetischismen eingefordert, „sexuelle [...] Emanzipation“ und „kritisches Konsumentenverhalten [...]“ (490) beschworen. Auch die totalitären Konsequenzen politischer Götzenverehrung werden als nicht tolerierbar eingeschätzt (282).

Sehr verwunderlich wird es, wenn Böhme sich dem Marxschen Warenfetisch-Konzept widmet. Findet sich anfangs noch eine Ahnung von der konstitutiven Differenz zwischen Marx' ökonomischem und dem religiös-archaischen Fetisch-Begriff (Marx betrachte den Fetischismus als „systemischen Mechanismus“ (320), dessen Wirkstruktur keineswegs der Vergänglichkeit und Manipulierbarkeit religiöser Fetsche (vgl. 188ff.) ähnele), so wirft Böhme im Folgenden stets das imaginäre Gebrauchswertversprechen der Warenästhetik (wo der Kauf einer Zigarette nicht nur eine Zigarette, sondern z.B. auch ‚Männlichkeit‘ einbringen soll) mit dem Warenfetisch zusammen, der aber auch nichts mit der „Versprechenssemantik“ (287) blendender Warenkörper oder -images zu tun hat, auch nichts mit der „Konsumlust“ (337) und den Wunschprojektionen (324) von Menschen. Es ist wirklich erstaunlich, wie wenig ernst Böhme offenbar die Marxschen Text nimmt. Ein weiteres Beispiel, welches eher ein „regelloses Sprachspiel“ (Améry) als einen Beitrag zur Marxschen Fetischismustheorie darstellt: der „Warenfetischismus [...], der als Antreiber der Warenzirkulation wirkt, indem er den Waren-Dingen den Glanz eines Mehrwerts verleiht, der den Konsum beflügelt und mit Lüsten versieht“ (301). Mehrwert ist demnach also keine nichtempirische Kategorie zur Entschlüsselung der Profitproduktion, sondern ein sinnlich-verführerischer „Glanz“ an den Waren. Im Gegensatz zu Böhmes Behauptung ist der Waren-, resp. Geldfetisch für Marx eine aufgrund der (empirisch nicht

wahrnehmbaren) Darstellung des ökonomischen Werts der Waren (eines gesellschaftlichen Verhältnisses privat-arbeitsteilig betriebener Tätigkeiten) im Gebrauchswert einer anderen Ware bedingte scheinhafte Naturalisierung dieses historisch-spezifischen sozialen Zusammenhangs. Diese fetischistische Struktur verdichtet sich sukzessive mit der Betrachtung komplexerer Reichtumsformen wie Kapital, Profit oder Zins. Vollends im Zins wird nicht nur Soziales verdinglicht, sondern das Verdinglichte versubjektiviert – als sich vermittlungslos selbst setzendes ‚Ding‘: G-G’. Während der Warenfetisch eine selbständige und natürliche Tauschwerteneigenschaft von Dingen suggeriert, deren konkreter Gebrauchswertcharakter dabei völlig irrelevant ist, transportiert die Warenästhetik ihre Gebrauchswertversprechen immer über ein spezifisches stoffliches Setting, sei es die konkrete Erscheinungsform des Gebrauchswerts der Ware selbst, ihre Verpackung, ein Label, welches an ihr prangt oder letztlich nur noch ein über Werbung vermitteltes Image.

Neben sachlichen Fehlern wie der Behauptung, die vier Formen der Entfremdung würden von Marx in der ‚Deutschen Ideologie‘ 1845f. dargestellt (318), der Unterstellung, Verdinglichung bedeute, zu vergessen, dass der Kauf einer Ware ein Verhältnis zu deren Produzenten einschließe (333) oder der abstrusen Behauptung, die konstruierten Beispiele nichtwarenförmigen Wirtschaftens im ‚Fetischkapitel‘ des ‚Kapital‘ seien romantisch-archaische Gegenbilder zum Kapitalismus (328), zeichnet sich Böhmes Marx-Verhöhnung vor allem dadurch aus, das für die unreflektierte

Arroganz christlicher Missionare vielleicht noch zutreffende Schema der Projektion des eigenen Fetischismus in das Andere und ‚Primitive‘, auf Marx’ Kritik der politischen Ökonomie anzuwenden. So meint der Autor, Marx erzeuge mittels geschickter Rhetorik und Metaphorik „ohne Zweifel“ erst die verzauberte Welt des Kapitalfetichs, die er in seinen Texten entdeckt zu haben meine. Marx denke, ganz ‚naiv-aufklärerisch‘, dass „es die anderen sind und nicht er selbst ist, der die Verhältnisse begrifflich verzaubert“ (326). Nun ist Böhme zwar erklärtermaßen Kulturwissenschaftler und gesteht sich deshalb generös zu, über Sozialwissenschaften oder Ökonomie nichts wissen zu müssen, aber es befremdet doch, dies ohne jede Begründung in einer wissenschaftlichen Abhandlung zu finden. Hätte der Autor auch nur einige Seiten Adam Smith gelesen, wäre er vielleicht doch auf die Idee gekommen, dass nicht Marx, sondern die von ihm kritisierte politische Ökonomie, aus Quellen, die so heterogen sind, wie „Notariatsgebühren, rote Rüben und Musik“ (Marx), nämlich Boden, Arbeit und Kapital (!) das Wertprodukt hervorgehen lässt. Letztlich versucht Böhme seine eigene Unkenntnis der Materie tiefsinnig zu rationalisieren, indem er das Marxsche Konzept eines ökonomischen Fetichs zu einer „nicht ins Begriffliche überführbar[en]“ (326) absoluten Metapher degradiert. Auch gegenüber der Vielfalt psychoanalytischer Ätiologien des sexuellen Fetischismus kapitulierte der Autor, indem er, statt sich eine sachgemäße Position zu erarbeiten, diese Vielfalt mit dem „Kong-

lomerat“-Charakter des – wir ahnen es – Fetischismus in Verbindung bringt (446ff.). Alles in allem, und hier ist diese im Buch ad nauseam wiederholte Wendung nun wirklich einmal angebracht, sind es meist weniger die Fetischkritiker, die den Fetischismus selbst reproduzieren, indem sie ihn an anderen denunzieren, sondern es ist der die Fetischkritiker des Fetischismus zeihende Autor, der eine Fetischisierung des Fetischismus praktiziert. ‚Der‘ Fetischismus, der zum Ende des Buches hin zwar als polymorph und nicht einheitlich erklärbar bezeichnet wird (448), mutiert ihm unter der Hand dennoch zu einem sich vielgestaltig äußernden Subjekt, das in „unübersehbar vielen Epochen, Bedeutungsvarianten, Praktiken auftreten“ soll, dabei „jede Form“ annehmend (447) und nicht durch Aufklärung abschaffbar. Er ist ewig, wie die Götter: Man könne „sich seiner nur reflexiv innerwerden und vielleicht dadurch einen anderen Umgang mit ihm gewinnen“ (450).

Die stärksten Seiten hat dieses konfuse Machwerk im Teil über den religiösen Fetischismus, der die innere Verwandtschaft von afrikanischer Magie und christlichem Reliquienkult aufweist. Ob das eine Anschaffung lohnt, mag das interessierte Publikum selber entscheiden.

Ingo Elbe

Neue Perspektiven auf „den Raum“

Michael Weingarten (Hrsg.), Strukturierung von Raum und Landschaft. Konzepte in Ökologie und der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2005, 337 S., 29,90 Euro

Längst sind Thematisierungen von „Raum“ und „Räumlichkeit“ explizit und implizit Gegenstand sozialwissenschaftlicher Arbeit. Diskussionen um „Geopolitik“, „Machträume“ und „Weltraumordnungen“, „Netzwerke“ und „Globalisierung“ zeigen eindringlich, dass die Rede vom „Raum“ und seinen Formen aus der sozialwissenschaftlichen Forschung nicht wegzudenken ist und zunehmend zur Illustration und Erklärung sozialer Phänomene herangezogen wird. Die leichtfertige Euphorie allzu geläufiger „Wende“-Rhetoriken, die gar einen spatial turn der Sozial- und Kulturwissenschaften beobachtet haben wollen, machen allerdings vergessen, dass die überwiegende Mehrzahl der diskutierten Konzepte von „Raum“ und „Räumlichkeit“ nach wie vor auf dem hergebrachten Dualismus von „Natur“ und „Kultur“ beruhen. Erst auf der Grundlage dieser Entgegensetzung lässt sich überhaupt die Hoffnung erklären, die in die explikative Kraft neuer Raumkonzepte gesetzt wird: Sei die spezifische Ausprägung der gesellschaftlichen Verhältnisse in früheren Zeiten urwüchsig und unproblematisch mit den lokalen räumlichen Verhältnissen verknüpft gewesen, so verliere diese Erklärung sozialer Erscheinungen in globalisierten Lebensformen

mehr und mehr ihre Berechtigung und müsse also – so der Schluss – durch neue Raumkonzepte ersetzt werden. Dabei bleibt indes die Vorentscheidung, einem „Raum“ des Sozialen stehe die in unterschiedlichem Maß beherrschte und transformierte „Natur“ gegenüber, bestehen.

An dieser begrifflichen Wurzel möchte der vorliegende Band die Divergenzen und Widersprüche gegenwärtiger Raum-Debatten packen. Dazu ist schon die disziplinäre Zusammensetzung der Beitragenden aus Soziologie, Philosophie und Sozialgeographie geeignet. Gerade deren Praxis lässt sich immerhin entnehmen, dass sich die Untersuchung der materiellen und physischen Voraussetzungen gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse nicht mit der Aufgabenteilung zwischen Sozialwissenschaft, die für das Soziale zuständig sei, und Ökologie, die den Bereich des „Natürlichen“ behandle, realisieren lässt. Als Antidot zu solchen Verkürzungen entwickelt der Herausgeber Michael Weingarten in seinem Einleitungsbeitrag in Fortführung der Arbeiten aus dem Kreis des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung ein Konzept gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Die Unterscheidung von „Natur“ und „Gesellschaft“ ergebe sich erst in den und durch die Formen gesellschaftlicher Praxis. Davon ausgehend, so heißt es programmatisch, wäre „Raum“ nicht mehr als gegebenes Ding, sondern als in gesellschaftlicher Praxis strukturierte, reproduzierte und reflektierte Formbestimmung dieser Praxis zu begreifen.

Mit dieser Neuorientierung ist der Rahmen des aus einem im April

2004 in Jena abgehaltenen Workshop hervorgegangenen Bandes abgesteckt. Wie in solchen Fällen üblich, reicht das Themenspektrum von philosophischen Studien über geistesgeschichtliche Rekonstruktionen bis hin zu exemplarischen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen. Das ist in diesem Fall aber kein Manko, denn die Fokussierung und Stringenz der geführten Diskussionen hat sich in der sorgfältigen systematischen Konzeption des Bandes niederschlagen, der daher wie eine beständig sich entwickelnde Erörterung des Raum-Problems zu lesen ist.

Mit Blick auf naturwissenschaftliche Raumkonzepte expliziert Peter Janich grundlegend die Pragmatik der Rede vom Raum als Reflexionsbegriff, der nicht ein nouminoses Raum-„Ding“ bezeichnet, sondern auf die sprachliche Strukturierung räumlicher Verhältnisse verweist. Diese grundbegriffliche Rekonstruktion flankieren drei historisch orientierte Beiträge: Ulrich Eisel zeichnet die Probleme nach, die die Orientierung am Natur-Kultur-Dualismus in der Ökologie nach sich zog. Die geistesgeschichtlichen Folgen der vereinfachenden Gegenüberstellung in völkischem Organizismus und konservativer Kulturkritik stellt Thomas Kirchhoff am Beispiel der Kulturtheorie Herders dar; deren Nachwirkung in Heimat- und Naturschutz kritisiert Stefan Körner.

In theoretisch anspruchsvoller Weise befragt sodann Mathias Gutmann den Status der metaphorischen Rede von „Raum“. Ihr komme in der tätigen Strukturierung gesellschaftlicher Lebensverhältnisse die Funktion zu, das individuelle Tun mit der gemeinsamen Tätigkeit zu vermitteln und so

die Form und die Entwicklung menschlicher Gemeinwesen zu reflektieren. Die Konsequenz dieser Überlegungen für gesellschaftstheoretische Konzepte ziehen in zwei gemeinsamen Beiträgen Michael Weingarten und Benno Werlen. Einerseits erweitern sie die sozialgeographische Raum-Analyse um Aspekte der Giddens'schen Strukturierungstheorie, andererseits argumentieren sie für die notwendige Erweiterung ihrer handlungstheoretischen Anlage um die Reflexion gesellschaftlicher Tätigkeitsverhältnisse.

Darin könnte etwa eine Lösung der Widersprüche liegen, in die sich, wie Roland Lippuner zeigt, die Systemtheorie mit ihrer Behandlung des Raums als sozialem Medium einerseits und systemexternem Phänomen andererseits verstrickt. Als weiter erklärungsbedürftigen Aspekt hingegen sieht Christoph Görg eine unzureichende Einbeziehung der Transformation bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftungsformen in die tätigkeitstheoretische Analyse des „alltäglichen Geographie-Machens“. Am Beispiel der „Rekonfiguration des Raums“ durch die „Globalisierung“ macht er daher auf die politische Überdeterminiertheit der „alltäglichen Regionalisierungen“ aufmerksam. Die Perspektive einer integrativen „Anthropogeographie“ demonstrieren abschließend Christine Hertler und Diana Hummel mit der Analyse eines sozialökologischen Migrations-Begriffs und Antje Schlottmanns Untersuchung der Folgen, die die „Enträumlichung“ als Globalisierungsfolge im Selbstverständnis und in den kulturellen Repräsentationsformen der „ostdeutschen“ Gesellschaft gleichzeitig hat.

Ohne in allen Fällen eindeutig am selben methodischen Strang zu ziehen, vermitteln die Beiträge einen Eindruck von der theoretischen und wissenschaftspraktischen Reichweite der vorgeschlagenen Reformulierungen sozialwissenschaftlicher Raumanalysen; der Projektcharakter der programmatischen Grundlegung in den Abhandlungen Weingartens und Werlens verspricht eine produktive Weiterführung der hier dokumentierten Debatte anhand einer – so ist zu hoffen – bald verfügbaren ausgearbeiteten „Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse“.

Jan Müller

Zuarbeit für einen erneuerten Marxismus

Uwe-Jens Heuer, Marxismus und Glauben, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 316 S., 19.80 Euro

Mit „Marxismus und Glauben“ legt Uwe-Jens Heuer den dritten Band einer Trilogie zur politischen Theorie eines sich erneuernden Marxismus vor. Auch diesmal behandelt er ein Problem der Rolle und Eigenständigkeit des Überbaus. In „Marxismus und Demokratie“, in der DDR noch vor der „Wende“ geschrieben und veröffentlicht, ging es ihm um die Bedeutung der Demokratiefrage neben und im Kontext zur Eigentums- und Staatsfrage im Realsozialismus und überhaupt. In „Marxismus und Politik“ widmete er sich den Zusammenhängen zwischen dem naturgesetzlichem Gesamtprozess des Kapitalismus und den Möglichkeiten und Grenzen von Politik nach dem Ende des Ausbruchs des europäi-

schen Sozialismus aus dem kapitalistischen Weltssystem. Der Titel des vorliegenden dritten Bandes ist ungewöhnlicher, vieldeutig, provoziert unwillkürlich dazu, beim Autor nachzufragen und nachzulesen, was er denn meint. Glaube oder auch Glauben wird schließlich in aller Regel als Gläubigkeit, als nicht durch Beweise gestützte Überzeugung verstanden und damit als ein Bereich des Denkens und Meinens, den Marxisten in aller Regel als höchst suspekt ansehen. Man muss das Buch schon zur Gänze lesen, um zu verstehen, dass eine solche Sicht allzu eng ist. Eine Monographie aus marxistischer Sicht zum Glauben ist neu, aber, wie der Autor den Leser erfolgreich belehren kann, gibt es Aussagen und Abhandlungen zu diesem Thema von bekannten Marxisten wie Max Adler, Anatoli W. Lunatscharski, Antonio Gramsci, Ernst Bloch, Georg Lukács und nicht zuletzt gerade auch Adam Schaff, der seine Autobiographie „Glaubensbekenntnisse eines Marxisten“ nannte.

Heuer geht es um das Thema Marxismus und Ideologie bzw. um spezifische Aspekte dieses Themas. Darunter versteht er nicht, wie er im einleitenden Kapitel „Marxismus und Glauben – die Problemstellung“ darlegt (und wie vielfach auch unter marxistischen Linken üblich), lediglich falsches Bewusstsein, sondern Massenbewusstsein überhaupt, vor allem auch die Kraft und Leidenschaft von Ideen: „Die stärkste Form der Ideologie ist der Glaube.“ (7) Das Wort Glauben statt Glaube habe er gewählt, „weil es nicht die Kompaktheit des Dogmas der Religionen hat und nicht unabhängig vom Wis-

sen bestehen kann.“ (289) Sein Anliegen ist so auch nicht etwa die Erhebung des Marxismus zu einer „Quasi-Religion“, sehr wohl aber ein Beitrag zum Thema Marxismus und Religion. Das Verhältnis des Marxismus zur Ideologie und den Stellenwert des Glaubens im Marxismus zu bestimmen, bedeutet für ihn zugleich, den Wissenschaftscharakter des Marxismus zu verteidigen. Gegenstand des Buches sind nicht bloß Religion, Ideologie und Glauben im engeren Sinne, sondern auch Ethik und Moral, Altruismus, Massendenken und Fragen des „vernünftigen menschlichen Verhaltens“.

Im zweiten Kapitel geht es Heuer um die Individualität von Judentum, Christentum und Islam und dabei natürlich im besonderen Maße um das Christentum. Seine Aufmerksamkeit gilt der Wirkungsgeschichte der drei Religionen, ihrer Entwicklung zu Weltreligionen, den Konsequenzen der festen hierarchischen Institutionalisierung des Christentums als Staatskirche und seiner widersprüchlichen Rolle in den Klassenkämpfen bis hin zur den frühbürgerlichen Revolutionen, für die die Reformation Element, Startbahn und Rahmen war. Der Offenbarungscharakter, die Transzendenz dieser Religionen könne ein Gespräch mit Andersdenkenden über irdische Dinge „sowohl erleichtern wie auch erschweren“ (21). Heuer stützt sich bei seinem geschichtlichen Exkurs vor allem auf die neuesten Auflagen der Monographien zu den drei Religionen von Hans Küng aus den Jahren 2003 und 2004.

Das dritte Kapitel „Religionskritik der Aufklärung“ erfreut den Leser zunächst mit dem vielsprachigen,

zweideutigen und auch heiteren Gedankenreichtum der französischen Aufklärung. Von der Kraft der Wissenschaft überzeugt, vereinte Voltaire, Diderot, Alembert, Holbach und Helvetius im 18. Jahrhundert (dem „Jahrhundert des Unglaubens“) der sich zuspitzende Kampf gegen die katholische Kirche. „Auf politischem Gebiet genügt ein Wort“, so zitiert der Autor Helvetius, „um die Menschen aufzuklären. Auf religiösem Gebiet ist es anders. Das Licht der Vernunft dringt selten bis zu den Frommen.“ (91) Eine neue Ethik der Wahrheit, Aufrichtigkeit und Prinzipienfestigkeit entstand mit der Vernunft, der Humanität und dem Streben nach Wahrheit im Zentrum. „Es gibt keinen dem Menschengeschlecht dienlichen Irrtum“, verkündete Holbach. (94) Als sich auszeichnend durch „literarischen Stil“ und Klugheit würdigt Heuer die philosophischen Leistungen von Lessing, Kant, Fichte und Hegel bei der Vertreibung der Religion aus dem Bereich der Wissenschaft, hinsichtlich der Unterscheidung von Wissen und Glauben und der Herausbildung einer Sittenlehre, die das Wirken der Naturgesetze nicht unbeachtet lässt. Er zitiert Fichte: „Das Element aller Gewissheit ist Glaube“ und er hält es mit Lenin: „Ein kluger Idealismus steht dem klugen Materialismus näher als ein dummer Materialismus“. (119)

Im vierten Kapitel widmet sich der Autor dem kurzen, aber ideologiegeschichtlich außerordentlich bedeutsamen Zeitabschnitt im Vormärz, da Karl Marx und Friedrich Engels mit anderen Junghegelianern sich in der Kritik der Religion zusammenfanden, um aber alsbald Ende 1843 und

1844 einen eigenständigen Weg einzuschlagen. Atheismus sei für sie selbstverständlich gewesen (ohne das im Christentum enthaltene Protestpotenzial zu übersehen), aber sie seien sich auch einig gewesen, „mit ihm allein ist das Elend nicht zu beseitigen.“ „Die Forderung, die Illusion über einen Zustand aufzugeben,“ schrieb Karl Marx, „ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusion bedarf.“ (134) In der Schrift „Zur Judenfrage“ und dann, in den Konturen schon ausgereift, in „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ skizzierte Karl Marx eine neue Weltansicht, eine Handlungsphilosophie humanitärer Gesellschaftsveränderung. Die Kritik der Religion ist beendet. Es beginnt die Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, ausgehend von dem Prinzip, dass „der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei“ und dem „kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Mit Friedrich Engels sieht er im modernen Proletariat die gesellschaftliche Kraft zum praktischen Umsturz eben dieser gesellschaftlichen Verhältnisse. Engels entwickelt dann in seinen späten ideologiekritischen Arbeiten eine differenzierte Sicht auf die Wechselbeziehungen zwischen materiellen und ideellen Verhältnissen, ohne die bestimmende Rolle der ökonomischen Basis aus den Augen zu verlieren. Religion gewinnt Eigenleben, wird als ideologische Form der Interessenartikulation und als „gefühlsmäßige Form des Verhaltens der Menschen zu den sie beherrschenden

fremden, natürlichen und gesellschaftlichen Mächten“ gefasst. (149) Engels deckt „merkwürdige Berührungspunkte“ zwischen Urchristentum und moderner Arbeiterbewegung auf (Siegesszuversicht, Existenz von Propheten) und gibt zu bedenken, dass „alles Massendenken sich zuerst in Widersprüchen, Unklarheiten, Zusammenhangslosigkeiten bewegt“. (153) Besondere Aufmerksamkeit widmet Heuer in diesem Kapitel der Kontroverse um das Buch „Der Ursprung des Christentums“ von Karl Kautsky. Der Autor, der in der Auffassung von Kautsky zum christlichen Glauben „nur eine Begleiterscheinung der sozialen Vorgänge, nichts eigenständig Wirksames“ sieht, (166) stimmt der Kritik Max Adlers zu, Kautsky verstehe unter Religion „lediglich ein falsches Bewusstsein, eine mehr oder minder bewusste Täuschung, bestenfalls eine Illusionierung ..., die im Fortschritt wissenschaftlichen Denkens und sozialer Entwicklung vollständig zur Auflösung gebracht werden wird.“ (168) Damit aber fehle das Verständnis der positiven Seiten, „ihre Wertung als ein geistiges Fortschrittselement ersten Ranges“, die mit ihr verbundene „höhere Stufe des Gedanken- und Gefühlslebens“ der breiten Volksmassen. Heuer zitiert Max Adler: „Jeder große Gedanke, jede Idee, jede religiöse Empfindung ist insofern etwas absolut Unabgeleitetes“. Nur so erschließe sich die ganze Energie der Ideologien. (169) Der Kritik Adlers (und überhaupt der „ethischen Sozialisten“) an der materialistischen Geschichtsauffassung unter Berufung auf Kant vermag Heuer nicht zu folgen. Der in diesem Kapitel auch enthaltene Ab-

schnitt über Max Weber passt zwar nicht so ganz zur Kapitelüberschrift, entspricht aber durchaus der Position Heuers, Erkenntnisse mit bleibenden Nutzen für das Verständnis der Eigenständigkeit von Demokratie, Politik, Ideologie und Glauben seitens nichtmarxistischer Wissenschaftler (hier der „verstehenden Soziologie“ Webers, an anderer Stelle von Jaspers) als Bereicherung gebührend zu würdigen.

In einem weiteren Kapitel widmet sich Heuer der Ideologie- und Glaubensgeschichte des Realsozialismus, einschließlich des wechselvollen Verhältnisses von Staat und Kirche in der Sowjetunion und in der DDR. Ähnlich wie beim Thema des Christentums bilde auch in der Geschichte des Marxismus die Verbindung zum Staat die Wasserscheide. Gegenüber der Religion der orthodoxen Kirche als „Parteigänger des alten Systems“ habe Lenin im Vergleich mit Marx und Engels die Tonart erheblich verschärft und den Trennstrich entschiedener gezogen. (180ff.). Dem militanten Auftreten der Atheistenbewegung folgte erst ab 1936 eine religionspolitische Mäßigung und dann ab 1941 ein „Schulterschluss“. Lenin sei es 1917 um „unbedingte theoretisch-ideologische Geschlossenheit“ der künftigen Avantgarde gegangen, wobei die Fragen nach der Autonomie des Einzelnen und dem „Platz des Gewissens“ in den Hintergrund traten. Eine „allgemeine Moral für alle Zeiten und Klassen“, so lehren nach Heuer auch die Erfahrungen des Realsozialismus, sei nicht möglich. Aber man könne nicht alle Fragen der Moral in Fragen der Wissenschaft und damit der Politik verwan-

deln und die von der Religion aufgeworfenen Probleme für das Verhalten des Menschen mitsamt der Religion verwerfen. (187) Unter Stalin kam es, wie er belegt, zu Mechanismen eines Glaubens, der „quasireligiöse Züge“ trug, zu einem ideologischen System, in dem „sich die Gesellschaft kaum wieder erkannte.“ Bei den politischen Aussagen ging es um Glaubenssätze, nicht um „Richtigkeit oder Falschheit von Analysen“. Stalin behandelte die Opposition wie einst die Kirche die Häretiker. Seine Phantasie „war voll von biblischen Bildern und Symbolen.“ (195) Mit und nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden im Rahmen des Antifaschismus größere Möglichkeiten für den Ausbau der Demokratie, auch für ein neues Verhältnis von Staat und Kirche. Antonio Gramsci, Georg Lukács und Ernst Bloch bereicherten vor und in dieser Zeit mit der Hegemoniekonzeption, mit der Unterscheidung von Philosophie und Massenbewusstsein, mit dem Verständnis des Sozialismus als kulturelle Bewegung und des „Wissens um das Keimende“ den Ideologiebegriff des Marxismus. Die Ideologiegeschichte der DDR, gerade auch das Verhältnis Staat/ Kirche in der DDR, vermittelte praktisch-politisch, so belegt Heuer, durchaus positive Erfahrungen. Das Bemühen, das spannungsreiche Verhältnis von Ideologie und Wissenschaft durch den Begriff der „wissenschaftlichen Weltanschauung“ wegzudefinieren, war allerdings keine Lösung. Aber auch aus heutiger Sicht sei Ideologie (die „wie jede Ideologie auch Elemente des Glaubens“ enthält) zur Begründung und Stabilisierung notwendig und auch

mehr oder weniger erfolgreich gewesen. (209) Es gab z.T. heftige Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche, aber mit dem Konzept „Kirche im Sozialismus“ ebenfalls eine „strategische Konzeption der länger andauernden Koexistenz von Staat und Kirche, Marxismus und Religion“, (212f.) die immerhin ohne große, nicht beherrschbare Konflikte 20 Jahre, bis 1988, anhielt. Das Gesetz des Handelns lag allerdings in den letzten zwei Jahren vor der „Wende“ dann mehr und mehr bei der Kirche. Am Schluss des Kapitels nennt Heuer interessante Zahlen, die zumindest hinsichtlich der DDR ein erstaunliches Paradoxon erkennen lassen und das Auf und Ab der „sozialistischen Ideologie“ in der DDR veranschaulichen: der Glaube an Gott ging erheblich und kontinuierlich zurück; der „Glaube an den Sozialismus“ erreichte Mitte der 70er Jahre seinen Höhepunkt, um dann seit Anfang der 80er Jahre, und ganz rapide 1989, immer mehr nachzulassen.

Im letzten Kapitel zieht Heuer Bilanz und gibt einen Ausblick. Hinsichtlich der Religion sieht er neben der „heutigen Kreuzzugsstimmung“ eine stärkere Widerbegegnung des Christentums mit seinen Wurzeln (266) und demzufolge neue Möglichkeiten für eine Allianz von Marxismus und Christentum im „Experiment Zukunft“. Hinsichtlich des Marxismus plädiert Heuer für eine Neubestimmung des Glaubens im Marxismus im Sinne von Gramsci, Max Adler, Bloch und gerade auch – in Verbindung mit dem Marxschen emanzipatorischen, politischen und sozialen Ausgangspunkt – mit einer Philosophie des Menschen im Sinne von

Schaff und Holbach. Er rechnet den Atheismus nicht zum „Kernbestand der Weltanschauung“ des Marxismus (wobei die entsprechenden Positionen der religiösen Sozialisten um Erwin Eckert und Emil Fuchs leider unbeachtet bleiben). Er stimmt Gramsci zu, dass „in den Massen als solchen die Philosophie nur als Glaube gelebt werden kann.“ (286) Allen Verfechtern „eines Glaubens im Marxismus“ sei die Einsicht gemeinsam, „dass Kämpfen und Handeln und gar der Einsatz des Lebens nicht auf Grund wissenschaftlicher Einsicht, sondern auf der Grundlage einer inneren Überzeugung, die man auch Glauben nennen kann, erfolgt.“ (289) Er beharrt darauf, dass Glauben sich nicht über die Wissenschaft erheben darf und vom Marxismus als eine sich entwickelnde und sich korrigierende Theorie heute auch erwartet werden müsse, die theoretischen Ergebnisse des marxistischen Denkens (entstanden aus „Hoffnungen, Glaubenssätzen und unbewiesenen Hypothesen“) genau zu bestimmen. Er wendet sich dabei unzweideutig gegen die Position von Michael Brie, mit dem geschichtsphilosophischen Paradigma des Marxismus zu brechen. Eine entscheidende Grundaussage im letzten Kapitel lautet: „Die Vorstellung der Aufklärung, die Religion könnte über kurz oder lang durch die Wissenschaft ersetzt werden ..., hat sich nicht bewahrheitet.“ (251) Sicherlich ist dies insofern unbedingt richtig, als weltweit religiöses Denken wieder in Vormarsch ist und auch der „Kommunismus“ als vollendeter Humanismus, „so wie prophezeit, nicht stattgefunden“ hat (259). Eine genaue Sicht auf die Entwicklung ge-

rade des religiösen Denkens wie auch des politisch-ideologischen Massenbewusstseins des „Experiments DDR“ erlaubt m. E. aber differenziertere Folgerungen und weitergehende Fragestellungen. Augenscheinlich vermochte es die religionspolitische Flexibilität der DDR (Heuer zitiert Pedro Ramet mit der Aussage, die DDR sei in religiösen Angelegenheiten „das liberalste der neun Länder“ gewesen) in Verbindung mit einem von dem Geist der Aufklärung ganz wesentlich bestimmten Schul- und Bildungssystem in dem historisch sehr kurzen Zeitraum ihrer Existenz, den „Glauben an Gott“ bis 1990 auf lediglich 21 Prozent zu reduzieren (Westdeutschland 61 Prozent). Die Erfolgsgeschichte des „Glaubens an den Sozialismus“ war demgegenüber offenbar nicht primär das Ergebnis einer mehr oder weniger guten „wissenschaftlichen“ Propaganda. Sie hielt nur so lange an, als ein Erfolg des Sozialismus als ein im Systemwettbewerb überlegeneres soziales System glaubwürdig erschien. Mit der sich abzeichnenden Niederlage im ökonomischen Wettbewerb mit der Bundesrepublik verlor die sozialistische Ideologie unweigerlich an Überzeugungskraft. Und noch weitere Probleme werden am „Experiment DDR“ deutlich: Dazu gehört auch die Erkenntnis der Jugendforschung in der DDR, dass sich die „Grundüberzeugungen“ des Einzelnen (also auch sein Glauben) im Wesentlichen bis zum 16. und 17. Lebensjahr herausgebildet und verfestigt haben. Wie zumindest die bis heute weitergeführte Längsschnittstudie unter Jugendlichen der DDR von Peter Förster veranschau-

licht, haben sich sowohl politische wie auch religiöse Grundüberzeugungen nur geringfügig verändert (allerdings sehr die Bereitschaft zum politischen Handeln). Der Rückgang des religiösen Glaubens in der DDR, da stimme ich Uwe-Jens Heuer im Grundsatz zu, ging nicht schlechthin mit seiner Ersetzung durch die Wissenschaft einher. Aber es wäre doch genauer zu untersuchen, durch was religiöser Glaube dann „ersetzt“ wurde: vor und nach der Vereinigung Deutschlands. Nach der Wende geschah dies offenbar in nicht geringem Maße durch eine Ideologie etwa auf dem Niveau der Bildzeitung. Wie Meinungsumfragen immer wieder deutlich machen, erlebte auch der Aberglaube in verschiedenen Formen des Mystizismus, der Esoterik und selbst der biblischen Schöpfungsgeschichte eine gewisse Wiederbelebung. Ein Mehr an wissenschaftlichem Denken ist aber offenbar unter den Menschen in Ostdeutschland (gegenüber der westdeutschen Bevölkerung) immer noch gegenwärtig, wie z.B. eine repräsentative Umfrage von Allensbach vom 19. September 2006 veranschaulicht, nach der 59 Prozent der Westdeutschen, aber nur 45 Prozent der Ostdeutschen auf die Frage nach dem „Glauben an Wunder“ mit Ja antworteten.

Ekkehard Lieberam

Soziologie als Gesellschaftskritik

Stephan Moebius/Gerhard Schäfer (Hg.), Soziologie als Gesellschaftskritik. Wider den Verlust einer aktuellen Tradition, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 303 S., 19,80 Euro

Dass kritische Gesellschaftstheorie an den Universitäten derzeit einen schlechten Stand hat, ist nicht unbedingt eine neue Erkenntnis. Für die Soziologie sind dabei sicherlich zwei Tendenzen mitentscheidend: Zum einen ein Paradigmenwechsel hin zu handlungstheoretischen Ansätzen und der Aufgabe eines Gesellschaftsbegriffes, was der marxistisch orientierten Soziologie ein eher randständiges Dasein verschafft. Zum anderen institutionelle und personelle Veränderungen, namentlich das Ausscheiden der „68er“ aus dem universitären Dienst. An der Universität Bremen ist nun mit Lothar Peter einer der letzten kritisch engagierten Hochschullehrer in den Ruhestand getreten. Der vorliegende Band, der als Festschrift zur Emeritierung Lothar Peters erschienen ist und Artikel seiner akademischen Weggefährten, Schüler und Freunde beinhaltet, ist laut Herausgeber als „Sammlung sozialwissenschaftlicher Fachbeiträge zur Soziologie als Gesellschaftskritik“ (7) konzipiert. Die Themengebiete gliedern sich in „Theorie und Geschichte der Soziologie“, „Soziologie der Intellektuellen“, „Französische Soziologie“, „Industrie- und Arbeitssoziologie“, „Generationen“ und „Alternativen zum Neoliberalismus“. Sie spiegeln somit thematische Schwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeit von Lothar Peter wider.

Eröffnet wird der Band mit einem programmatischen Essay Peters von 1989, der inhaltlich als Rahmen für das Konvolut der folgenden Texte betrachtet werden kann. Peter resümiert dort die Schwächen und Aporien marxistischer Soziologie als traditionellem Bezugspunkt von Gesellschaftskritik. Im Mittelpunkt seiner Kritik steht der „ökonomische Reduktionismus“ (14), der die „relative Autonomie des Sozialen“ (18) nicht erklären kann und sich einer „entlarvenden“ Ideologiekritik verschreibt. Peter votiert für eine an Marx orientierte Soziologie, die sich konstruktiv mit bürgerlicher Soziologie auseinander zu setzen hat, um ihrem eigendynamischen Gegenstand begrifflich gerecht werden zu können.

Das Dilemma eines nicht zu beschönigenden Theoriedefizits und der verschärften Bedingungen an den Universitäten ist natürlich implizites Thema der Festschrift. Hervorzuheben sind dabei die Artikel von Karl Hermann Tjaden und die feministische Bourdieu-Rezeption von Margarete Steinrück. Tjaden entwickelt in einem Dreischritt den Weg einer kritischen Gesellschaftswissenschaft, die sich von „Bewusstsein als Voraussetzung“ über „Gesellschaft als Gegenstand“ hin zu „Kritik als Hauptziel“ bewegt. In Anschluss an Marx fordert er einen doppelten Begriff von „Kritik“, der als theoretische Durchdringung der kapitalistischen Gesellschaft auf deren „praktischen Abbau“ (86) gerichtet ist und darüber hinaus auf ein „verkehrtes“ Bewusstsein der gesellschaftlichen Verhältnisse. Im Fokus von Steinrückes Aufsatz liegen Geschlechterverhältnisse in handlungs- und strukturtheoretischer

Perspektive. Die Autorin möchte den Theorieansatz Bourdieus für eine kritische Analyse gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse fruchtbar machen. Dazu stellt sie knapp die Hauptbegriffe aus Bourdieus Theorie, die Kapitalbegriffe, „Feld“ und „Habitus“ unter ihren metatheoretischen Voraussetzungen vor und hebt im Anschluss den Vorteil des „doppelten Zugangs“ (187) Bourdieus, der „Sozialanalyse“, für die soziologische Geschlechterforschung hervor.

Die Heterogenität der Beiträge besteht nicht nur in gegenstandsbezogener Hinsicht, sondern auch in den verschiedenen Theoriezugängen. So ist die Auseinandersetzung von Michael Neumann mit Weber und Simmel problematisch, zeigt sich darin doch ein äußerst enger Begriff des Sozialen. Neumann möchte soziales Handeln als „Klassenprivileg“ (39) ausweisen, kommt dabei über einen konkretistischen Zugang zu Webers und Simmels analytischen Kategorien nicht hinaus.

Im Hinblick auf die kritische und die politische Dimension zeigen ebenfalls nicht alle Artikel eine gleiche Qualität. Jörg Kammler beispielsweise moniert in seinem Beitrag zur Debatte um die „Traumatisierung“ der „Kriegskinder“ des Zweiten Weltkrieges den fehlenden wissenschaftlichen Fokus auf die psychischen Folgeschäden dieser Kinder. Kammler kritisiert eine einseitige Täter-Opfer-Debatte und plädiert für eine differenzierte Sicht auf die Kriegseiden, blendet dabei aber aus, dass eine politische Diskussion größtenteils von einer undifferenzierten Sicht auf historische Zusammenhänge und einer „Anthropologisierung des Lei-

dens“ (Dan Diner) geprägt ist. Abidin Bozdag möchte mit der Darstellung von „Alternativökonomien“ einen subversiven und aktivierenden Beitrag zur Bildung von linken Parallelgesellschaften leisten. Die neuere marxistische Kritik an der Vorstellung von Alternativökonomien, etwa in Gestalt Silvio Gesells, dessen Theorien gegenwärtig neuen Anklang finden, wird von Bozdag jedoch nicht berücksichtigt.

Ein persönlicher Beitrag kommt von Marlis Krüger, die mit einem kurzen Abriss über das Abtreten der „68er-Generation“ – mit durchaus melancholischem Unterton – auf einen personellen Wechsel innerhalb des Faches Soziologie aufmerksam macht, der gravierende wissenschaftspolitische Folgen nach sich zieht. Die Notwendigkeit gesellschaftstheoretischer Analysen sei „noch nie so wichtig gewesen wie heute“ (268), fraglich sei jedoch, ob es gegenwärtig an den Universitäten Kapazitäten dafür gebe.

Der Band bietet neben diesen Beiträgen einige Portraits einflussreicher Soziologen: Vorgestellt werden Biographie und Werk von Raymond Aron (Hans Manfred Bock), Marcel Mauss (Stephan Moebius) und die „Marburger Schule“ repräsentiert durch Abendroth, Maus und Hofmann (Gerhard Schäfer). Darüber hinaus eruiert Frank Deppe den Begriff des Intellektuellen, Karl Heinz Roth zeigt an der Person Bruno Rizzi, der eine Fusion des Faschismus und Stalinismus forcierte, die Ambivalenz intellektuellen Wirkens. Etwas randständig mutet Rüdiger Gripenburgs Beitrag über die Ermordung des Schriftsteller Kotzebue an, da die Darstellung des Tathergangs

und des Täters weder von einer Kontextualisierung noch von einer Auswertung begleitet wird.

Neben der Wirkung des Internets auf frauenpolitische Aktivitäten (Gabriele Winker) und der Auswertung einer empirischen Erhebung zum Status kollektiver Arbeitsbeziehungen (André Holtrup) zeigt Rainer Dombois die ambivalenten Wirkungen von Governanceprozessen auf die sozialen Rechte. Dombois kommt zu dem Schluss, dass gegenwärtig solche Vereinbarungen noch den Charakter eines „Soft Law“ (218) haben, empirisch deren Umsetzung eher skeptisch zu betrachten ist.

Die Bandbreite der Beiträge ist, der Form einer Festschrift gemäß, sehr heterogen, für an kritischer Gesellschaftstheorie interessierten Leserinnen und Lesern bieten sich teilweise einführende und zeitdiagnostische, andererseits sehr spezielle Themen. Der inhaltliche Zusammenhang der einzelnen Artikel ist tatsächlich zu vage, als dass man von einer kohärenten Sammlung von Texten sprechen könnte. Ein Verzeichnis der Schriften Peters fehlt leider.

Jan Sparsam

Borderline und Behaviorismus

Sabine Kebir, Mein Herz liegt neben der Schreibmaschine. Ruth Berlaus Leben vor, mit und nach Bertolt Brecht, Editions Lalla Moulati, Algier 2006, 410 S., 25 Euro

Im vergangenen Jahr jährte sich nicht allein der fünfzigste Todestag Bertolt Brechts (vgl. Z-67), sondern auch der hundertste Geburtstag seiner Mitar-

beiterin und Geliebten Ruth Berlau (1906-1974). Auf die Beziehung zwischen Berlau und Brecht wird im publizistischen Mainstream insbesondere dann rekurriert, wenn es darum geht, Brecht des Machismo zu überführen. Insbesondere John Fuegos dickleibiger Band „Brecht & Co“ hat eine Legende bedient und gefördert, wonach es Brecht war, der Ruth Berlau vereinnahmte, aussaugte, fallen ließ und zum psychischen Wrack gemacht hat. Dieser massenwirksamen Erzählung tritt Sabine Kebirs neuestes Buch entgegen. Ihre Biographie ist die erste umfassende und mit dem notwendigen Abstand geschriebene Untersuchung zum Leben Ruth Berlaus: „Als Mensch und als Autorin tritt sie uns als imposante, aber vielfach gespaltene Persönlichkeit entgegen, die mit sich und der Welt unzählige Kämpfe ausfocht. Viele ihrer Zeitgenossen bestätigen, daß Ruth Berlaus Haltungen von großer Güte und hinreißendem Humor zu beißender Bitterkeit wechselten, bis hin zur Gewaltbereitschaft. Wer etwas von ihr geschenkt bekam, konnte nicht sicher sein, ob sie es früher oder später zurückforderte. Sie trat als emanzipierte Sozialistin auf und konnte wenig später als durch und durch bürgerliche Frau erscheinen, die sich nur in Abhängigkeit von einem Mann sicher wähnte. Ihre Ärzte und sie selbst vermuteten Tendenzen zur Schizophrenie. Einmal bekannte sie hinsichtlich Brechts: ‚Wenn mein Gehirn sich spaltete // in Liebe – Haß // Meinte er, ich hätte ihn verraten.‘“ (S. 9)

Es sind insbesondere zwei grundlegende Thesen, die Sabine Kebir herausarbeitet und minuziös recherchiert

belegt. Zum einen gelingt es ihr zu zeigen, dass die Ursachen für Ruth Berlaus Erkrankung lange vor der Begegnung mit Brecht gelegen haben, zum anderen schildert sie die Geschichte der Beziehung als die tragische Verwicklung einer faktischen Doppelrolle Brechts als Geliebter und Therapeut.

Schon bevor sie Brecht kannte, war die „rote Ruth“ in ihrer dänischen Heimat eine prominente Persönlichkeit. Als Abenteuerjournalistin, Schauspielerin und Regisseurin (vgl. S. 15ff.) hatte sie Fahrradreisen nach Frankreich und (hier, wie Sabine Kebir belegt, nicht nur mit dem Fahrrad unterwegs) in die Sowjetunion unternommen, hatte Arbeiterinszenierungen gemacht und Reportagen geschrieben. Ruth Berlau erscheint somit als eine heitere, vitale und emanzipierte Frau, die mit beiden Beinen im Leben steht – als junge Kommunistin zudem, die sich in den politischen Kämpfen ihrer Zeit engagiert und mit anerkannten kommunistischen Künstlern (unter ihnen Hans Scherfig und Martin Andersen-Nexo) freundschaftliche Kontakte pflegt. Da ist jedoch auch schon die andere Ruth Berlau, die symbiotische Liebesbeziehungen sucht, in Abhängigkeiten flieht und von der Angst gepeinigt wird, das Schicksal ihrer Schwester Edith teilen zu müssen, die im Januar 1933 nach einem Selbstmordversuch in eine Nervenklinik eingewiesen wurde: „Eine Biographie kann versuchen, dieses Leiden in seiner Entwicklung zu erfassen und aus heutiger psychiatrischer Sicht zu interpretieren. Man würde es vermutlich als Form des ‚Borderline-Syndroms‘ sehen, mit

dem ‚Grenzgänger‘ bezeichnet werden, deren Verhalten sich für die Umwelt und auch für die nächsten Angehörigen als äußerst instabil erweist. [...] Symptome sind Hyperaktivität, Konzentrationsschwäche, Eßstörungen und Suchtverhalten, Schwierigkeiten im Umgang mit Geld, und mit der Wahrheit. Symbiotische Liebeswünsche, die zwischen Kleinkind und Mutter normal sind, empfinden solche Menschen auch später gegenüber Partnern, die sie – im Gegensatz zu sich selbst – für gefestigte, gesellschaftlich anerkannte Persönlichkeiten halten.“ (S. 9f.) Solche symbiotischen Wünsche nach Hin- und Selbstaufgabe richtete, Sabine Kebir zufolge, Berlau auch immer wieder an Brecht, der ihnen aufgrund eines vollständig anderen Liebesverständnisses nie entsprechen konnte.

Für Brecht habe auch in Liebesbeziehungen das Element von Selbständigkeit und Distanz stets eine Rolle gespielt. Auf Berlaus Symbiosewünsche und auf ihre Labilität reagierte Brecht, indem er ihr Distanz empfahl und sie immer wieder zu eigenständiger kreativer Arbeit zu motivieren versuchte. In Zusammenarbeit mit Brecht entstanden Texte, wie die im Erzählungsband „Jedes Tier kann es“ versammelten Geschichten und die Komödie „Alle wissen alles“. In diesen und anderen Maßnahmen Brechts sieht Kebir Ansätze zu einer Therapietechnik, die heute als Verhaltenstherapie in der Tradition des Behaviorismus bekannt ist. Dass Brecht bereits in den zwanziger Jahren behavioristische Verhaltenstheorien zur Kenntnis nahm und für seine literarische Arbeit fruchtbar machte, ist der Brechtforschung seit

langem bekannt. Neu ist, wie Brecht diese Theorien im Umgang mit Ruth Berlau anwandte: „Die berühmten Lai-Tu Geschichten sind das Zeugnis eines behavioristischen Lehr- und Therapievertrags, den er damals mit Ruth Berlau schloß. Diese kleinen Aphorismen, manchmal auch Gedichte, sollten ihr helfen, die Stirn glatt zu halten.“ (S. 75) Dass die Therapie nicht anschlug, sondern Ruth Berlau zunehmend stärker ihrer Erkrankung verfiel, führt Kebir auf die tragische Konstellation zurück, dass die Personalidentität von Liebhaber und Therapie zum Scheitern verurteilt ist.

Sabine Kebirs Ruth-Berlau-Biographie ist fraglos ein wichtiger Beitrag, nicht nur zur Brechtforschung, sondern auch zur Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, zum Frauenbild der Zeit, den Schwierigkeiten, sich Ideologien zu entziehen, die die symbiotische Liebesvorstellung als Hingabe fördern, statt als pathologisch zu problematisieren und zum Exil, das aneinandergefesselt und selbstständige Entwicklungen erschwert hat. Zugleich ist es – nach „Ein akzeptabler Mann?“, den Biographien über Elisabeth Hauptmann („Ich fragte nicht nach meinem Anteil“) und Helene Weigel („Abstieg in den Ruhm“) – das vierte Buch Sabine Kebirs zu Brechts Partnerschaften. Auch bei dieser wohl fragilsten Liebes- und Arbeitsbeziehung wird deutlich, dass Brechts kollektive Arbeitsweise für ein spezifisch emanzipiertes Paradigma moderner Literaturproduktion und Lebenskunst steht. Auch deshalb ist es ein lesenswertes und erkenntnisförderndes Buch.

David Salomon

Vermittler der Revolution

Jürg Ulrich, Kamenev. *Der gemäßigte Bolschewik. Das kollektive Denken im Umfeld Lenins*, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 19,80 Euro

Lew Kamenev war einer jener Bolschewiki, die am Aufbau der Sowjetunion mitwirkten und die von Stalin ermordet wurden. Was ihn interessant macht, sind seine politischen Positionen, die grundsätzliche Fragen der Revolution betrafen und die sich z.T. deutlich von denen Trotzki oder Bucharins unterschieden. Jürg Ulrich hat die erste deutschsprachige Kamenev-Biografie vorgelegt und wirft damit ein helles Licht auf die bolschewistische Politik und die Anfänge des Stalinismus.

Ulrich beschreibt, wie aus dem 1883 geborenen Lew Rosenfeld, der als Jurastudent Proteste gegen die Herrschaft des Zaren mit organisierte, der prominente Bolschewik Kamenev wurde. Aus der Zeit der Revolution von 1905 ist v.a. folgendes Ereignis interessant: In Jekaterinoslaw bestand die Gefahr einer Teilnahme von Arbeitern an Pogromen gegen jüdische Kleinhändler. „Sozialdemokratische Arbeiterführer suchten das durch Aufklärung zu verhindern“ (46). Kamenev „dürfte einer derselben gewesen sein.“ Ulrich vermutet, dass diese Erfahrungen zu Lenins Misstrauen gegen spontane Aktionen der Arbeiter beigetragen haben.

Kamenev wurde 1914 Herausgeber der „Prawda“. Im Revolutionsjahr 1917 traten zwischen ihm und Lenin Differenzen auf: Während Lenin in seinen „Aprilthesen“ Kurs auf den Sozialismus nahm, argumentierte Kamenev, die Machtbasis der Bol-

schewiki müsse im Bündnis mit anderen Kräften vergrößert werden, die Arbeiter seien noch nicht bereit für den Sozialismus, auch in den industriell entwickelteren westeuropäischen Ländern sei, Deutschland ausgenommen, mit einer Revolution nicht zu rechnen.

Der revolutionäre Kurs dürfte dadurch begünstigt worden sein, dass Teile der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre (SR) die militärische Offensive Kerenskis mitgetragen und sich dadurch diskreditiert hatten. Nach der Oktoberrevolution bildeten die Bolschewiki zunächst eine Koalition mit den Linken SR.

Kamenev wandte sich gegen die Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung (Konstituante), deren Mitglied er war und deren Einberufung vor der Revolution von den Bolschewiki vehement gefordert worden war. Er strebte eine „Koalitionsregierung mehrerer sozialistischer Parteien“ (107) an. Als Vorsitzender des Exekutivkomitees des Sowjetkongresses engagierte er sich außerdem für die Abschaffung der Todesstrafe – allerdings vergeblich.

Aus den weiteren Schilderungen Ulrichs gehen die tragischen Dilemmata der Revolutionäre hervor: Um das Ausscheiden Russlands aus dem Weltkrieg zu erreichen, mussten die Bolschewiki den deutschen Imperialisten territoriale Zugeständnisse machen. Daran zerbrach die Koalition, und die SR verübten zahlreiche Attentate auf führende Politiker, worauf die Bolschewiki ihrerseits mit dem „Roten Terror“ antworteten. Die „Weißen“, Interventionstruppen der Entente sowie der Angriff Polens

1920 verschärfte die Lage. Die schlechte Versorgungssituation veranlasste die Bolschewiki, Bauern gewaltsam ihre Produkte abzunehmen, was zu einer Erosion der Unterstützerbasis und zu Hungersnöten beitrug. In jenen Jahren vermittelte Kamenev punktuelle Bündnisse mit den Linken SR und aufständischen Bauern, setzte sich für Anarchisten und die Legalisierung menschewistischer Zeitungen ein, sowie – erfolglos – für die Abschaffung der Tscheka.

Nach Lenins Tod bildete Kamenev zunächst mit Stalin und Sinowjew eine führende Troika und grenzte sich scharf gegen Trotzki ab. Nach vielfältigen inneren Spannungen kam es 1926 zum Bruch der Troika und zur Bildung der „Vereinigten Opposition“ um Trotzki, Kamenev und Sinowjew. Deren Ziele bezogen sich auf die anzustrebende Industrialisierung, die Hebung der Löhne sowie auf die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie. Die Opposition wurde wesentlich dadurch geschwächt, dass sie das geltende Fraktionsverbot anerkannte. Dem wachsenden Druck seitens des Apparats hielt einzig Trotzki stand, Kamenev lavierte und zog sich dann zeitweise aus der Politik zurück. Nach Ulrichs Einschätzung wäre ein Sturz Stalins nur mit Hilfe oppositioneller Arbeiterzirkel möglich gewesen. Was diese aber von Kamenev getrennt habe, sei ihre Auffassung, dass „die KPdSU keine revolutionäre Arbeiterpartei mehr war. Sie beriefen sich [...] auf [...] die Tradition des ‚Demokratischen Zentralismus‘ [...], einer frühen oppositionellen Strömung in der sowjetischen Arbeiterbewegung. Für sie

war auch [...] Trotzki zu versöhnlich“ (222).

Ende 1934 wurde Kamenev zusammen mit anderen Oppositionellen verhaftet. Während der ersten beiden Prozesse bestritt Kamenev die abstrusen Vorwürfe, für den Mord an dem Politiker Kirow mit verantwortlich zu sein und „trotzkistische Terrorgruppen“ gebildet zu haben. Erst im dritten Prozess 1936 legte Kamenev ein erpresstes Geständnis ab. Kamenev wurde, wie auch zahlreiche Mitstreiter, hingerichtet, seine Familie ermordet.

Ulrich stützt seine Biografie auf russische Archivbestände und auf Fachliteratur in mehreren Sprachen. Mit der Lebensbeschreibung Kamenevs konkurriert allerdings das Anliegen Ulrichs, das „kollektive Denken“ der Bolschewiki mittels der Wissenschaftstheorie Ludwik Flecks zu analysieren. Dieses Projekt bleibt fragmentarisch und verdient Fortsetzung an anderer Stelle.

Das Buch wahrt Distanz zu seinem Protagonisten und schildert politische Entwicklungen in ihren ökonomischen Zusammenhängen. Es enthält allerdings einige Wiederholungen, die möglicherweise die begreifliche emotionale Beteiligung des Autors verraten. Ulrichs Kamenev-Biografie vergrößert das Wissen über Alternativen in der Oktoberrevolution und die bolschewistische Opposition gegen Stalin.

Michael Zander